

OUTPUT

JANUAR
1994

ZEITUNG FÜR ERLANGER INFORMATIKSTUDEN/INNEN

HAUPTSTUDIUMS
REFORM

FEMINISTISCHE
FRAUENRINGVORLESUNG

STUDITICKET

PERSONALRATS
INFO

ZUR AUSLÄNDER-
FREUNDLICHKEIT
DER
DEUTSCHEN

KAFFEE - GENUSS
MIT
NEBENWIRKUNGEN

DER
BRIEFTRÄGER

NEULICH
IM
PRÜFUNGSAMT

KOMMUNIKATION
VIA
RECHNER

NUFTA

POLITIK AN DER UNI-
NEIN DANKE?

KEIN THEMA WIE
JEDES ANDERE

IMPRESSUM

OUTPUT ist die Zeitschrift der Erlanger Informatikstudentinnen und -studenten. Sie wird herausgegeben von der Fachschaftsinitiative Informatik. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:

Kolja *Jan* *Elke* *Gerold* *h.f.*
Ludora *Britta*

V.i.S.d.P.: Britta Siepmann Turnstr. 7, 8520 Erlangen

Datum: Januar '94

Auflage: 1200

Druck: Druckladen, Bismarckstraße

INHALT:

Impressum/Inhalt	2
Zur Ausländerfeindlichkeit der Deutschen	3
Der Briefträger	5
Pressespiegel: verrufene Orte	6
Prüfungsstatistik	10
Kaffee – Genuß mit Nebenwirkungen	12
Frauenringvorlesung	14
Techfak-Frauen-Gruppe	15
Pressespiegel: Studien- und Prüfungsleistungen	16
Kein Thema wie jedes andere	19
Neulich im Prüfungsamt	21
Politik an der Uni – nein danke?	23
Personalratsinfo Special	27
Studiticket – wie steht's, wie geht's?	29
Kommunikation via Rechner	30
Nufta	33
Ist die Omnicard zu teuer?	37
Bücherbörse	39
Techfak-Fasching	40

Zur Ausländerfreundlichkeit der Deutschen

Als kleiner Nachtrag zum gerade vergangenen Weihnachtsfeste ein paar Beispiele für die wahrhaft christliche Einstellung der Deutschen. Die Leserbriefe stammen aus dem "Tip der Woche", der den meisten von Euch als wöchentliche Werbeschrift des "Kaufland" bekannt sein dürfte.

Bei so viel dumpfer Engstirnigkeit und bornierter Dummheit kann einem nur noch speiübel werden. Irgendwie wird einem schon klar, warum die Nazis ihren größten

Erfolg gerade in diesem Land hatten (haben ???).

Danach kommt noch ein Text, den man unter das Thema "Was geschieht, wenn wirklich alle Ausländer 'rausgehen ?" stellen könnte ("Neue Feindbilder braucht das Land" !). Er stammt von Jürgen Becker (Kölner Kabarettist) und wurde von ihm auf dem Kölner Konzert gegen Rassismus im vorletzten Herbst ("Arsch huh - Zäng ussenander") vorgetragen.

Ausländische Nachbarn teilen unsere Meinung

Wir haben ein gutes Verhältnis zu unseren ausländischen Hausbewohnern und Nachbarn, die schon lange hier sind und sich anpassen. Diese Ausländer schließen sich sogar unserer Meinung an! Was die Anschläge betrifft, so soll mal ein Politiker so ehrlich sein und zugeben, daß sie selbst mit Schuld daran sind und nicht immer nur wir Kleinen! Denn wenn der Krug voll ist, läuft er bekanntlich über, und das ist schon jahrelang der Fall. Tausende „Asylanten“, die wirklich keine sind. In Rumänien, Bulgarien, Polen usw. nirgends ist Verfolgung! Für solche blinde Asylanten haben wir „Alte“ unsere Knochen nicht kaputt geschafft und gespart! Wir „Alten“ haben gespart, geschuftet, daß es uns heute so gut geht, und nun müssen wir mit der Rente wieder sparen und zusehen, wie unsere Politiker alles so leicht

verschleiern. Da wundert sich noch jemand wegen der Anschläge? Weil sich in Bonn

nichts, aber auch gar nichts ändert!

Esther Scheider, Marbach

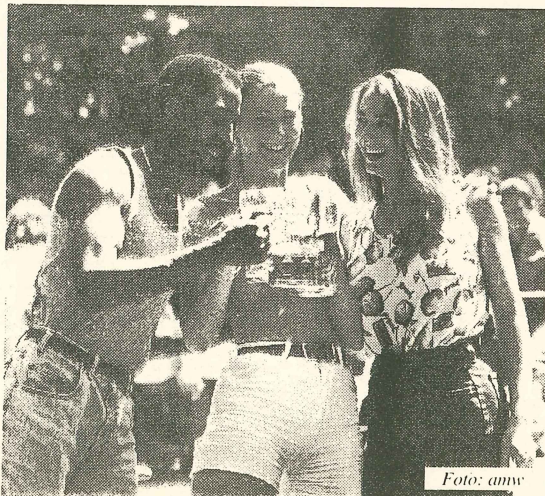


Foto: amw

Die Aktuelle LESERUMFRAGE

Nachbarschaft - wie gehen Sie mit Anschlägen auf ausländische Mitbürger um?

Viel Neues über fremde Kulturen

Wir wohnen in einem Viertel mit extrem hohen Ausländeranteil. Es gibt unter ihnen mit Sicherheit einige Quertreiber. Dies haben wir schon mehrfach festgestellt. Aber wie verhält es sich mit den ach so biedereren, braven Deutschen? Anders? Letzteres kann ich nur entschieden verneinen! Unser direkter Nachbar z.B. liebt Ausländer, solange sie ihm alle nur erdenklichen Arbeiten abnehmen. Wir er allerdings auf das Bezahlen der von ihm geforderten Dinge angesprochen, sind diese Leute plötzlich nur noch stinkende, verkaufte Affen. Dies ist nur ein Beispiel. Bei uns z.B. sind

manchmal Mitbürger aus der Türkei, Sri Lanka oder Ghana zu Gast. Wir unterhalten uns mal deutsch, mal englisch oder französisch. Dies geht auch prima! Viele Deutsche wissen überhaupt nicht, daß sie sich selbst ins Abseits stellen, wenn sie weiter so an ihrer geliebten Borniertheit festhalten. Meine Frau und ich jedenfalls haben Dinge über Land, Kultur, Küche erfahren, die in keinem Reiseführer stehen. So ergänzen wir uns gegenseitig mit unseren Erfahrungen.

*Ursula und Bernd Forsch, 38 u. 36
Jahre, Ellwangen*

Politiker sind schuld

Ich finde es sehr gut, endlich mal die eigene Meinung äußern zu können zur sogenannten Ausländerfeindlichkeit. Zum ersten gleich, die Verbrechen, die da begangen wurden sind so abscheulich und abstoßend, daß sie nur mit den härtesten Strafen geahndet werden können. Und das ist für mich die Todesstrafe! An wem wurden sie denn begangen? An den wehrlosen Frauen und Kindern, die wirklich für nichts können. Denn eben diese werden von ihren Männern ja schon behandelt wie Sklaven.

Zweitens: Ausländer, die bei uns arbeiten, die bei uns studieren, die als Touristen oder als Geschäftsleute hier sind. Gegen die hat ein vernünftiger Deutscher absolut nichts! Diese haben bei uns auch nichts zu befürchten. Aber alles andere Gesindel gehört aus unserem Lande raus. Wir haben selbst genug Probleme mit unseren Arbeitslosen und sozial schwachen Landsleuten! Die Hauptschuld an der ganzen Misere tragen die verantwortlichen Politiker.

Alfons Hauker, Pforzheim

Kontakt vermeiden

Ich selbst habe noch nie Anschläge auf Ausländer erlebt. Grundsätzlich gilt für mich seit Jahrzehnten: Bei jeglicher tätlicher Auseinandersetzung - ob mit oder ohne Ausländer - sofort den Ort verlassen. So wird jede nachträgliche Diskussion vermieden, ob es sich um eine „Beteiligung an einer Schlägerei“ oder um „unterlassene Hilfeleistung“ handelt. Zum Ausländerproblem: Ich selbst habe bereits Anfang der 60er Jahre zur familiären Weihnachtsfeier am Heiligabend zwei alleinstehende Ausländer - einen Araber sowie einen amerikanischen Negersoldaten - eingeladen und aufgenommen. Seitdem jedoch das Wort „Ausländerfeindlichkeit“ als Schlagwort bei jeder Gelegenheit gebraucht wird, meide ich nach Möglichkeit weitere Kontakte mit Ausländern, da evtl. ein harmloser Zwist gleich hochgespielt wird, wenn ein Ausländer dabei beteiligt ist.

Wlfrid Eyllenstein, Erlangen

Es gibt solche und solche

Ich habe, wie die meisten Deutschen, nichts gegen ausländische Mitbürger, die seit Jahren bei uns sind und sich anpassen. Wenn ich aber morgens die Zeitung aufschlage und nur von Überfällen, Einbrüchen, Ladendiebstählen, Auto-Klauereien und Rauschgifthandel lese, bei denen wir Deutsche die Opfer von Ausländern sind, möchte ich am liebsten selber zuschlagen.

Lydia Hohner, Trossingen

Der Briefträger

"Der Briefträger bringt alles Übel. Der Briefträger ist unnatürlich. Der Hund, der bellt ja, wenn der kommt.

Der Briefträger ist von Natur aus gar nicht vorgesehen. Außerdem bringt er alles schlechte: die Mahnungen, die Rechnungen, Todesanzeigen. Der Überbringer ist immer auch Täter !

Die Briefträger - das ist doch eine ganz andere Kultur als wir. Die passen doch gar nicht hierhin. Guck' sie dir doch an, wenn die morgens ausgehen mit ihren blauen Taschen und komischen Karren. Das sind doch Nomaden ! Die ziehen doch umher !

Ich hab' sogar gehört, die pinkeln sogar in die Büsche. Hab ich selber nicht gesehen, aber ich hab' sogar gehört, die scheißen auf den Bürgersteig !

Is' ja klar, wenn die umherziehen, daß die auch mal müssen. Aber dann dürfen die sich auch nicht wundern, wenn dann der Bürger sagt, daß das so nicht geht.

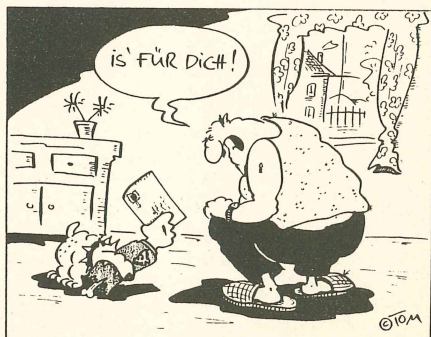
Ich bin jetzt nicht briefträgerfeindlich. Ich kenn' einen, der ist sogar

ganz nett. Aber wenn das jeder machen würde ! Wir sind doch kein Zustellerland ! Der Briefkasten ist voll !

Außerdem wird da ja auch viel Mißbrauch mit getrieben. Da sind ja auch viele Scheinbriefträger mit dabei. Die wollen doch hier nur ihr Geld verdienen !

Guck' doch mal in den Briefkasten, was da alles für Mißbrauch drinliegt. Werbesendungen, Pseudobriefe - ist doch alles Mißbrauch !

Und eben, weil da auch Mißbrauch mit betrieben wird, bin ich für eine Grundgesetzänderung. Deswegen schaffen wir gleich die ganze Post ab !"



Des Polizeichefs neue Durchsuchungswut

**Ausländer-
feindlichkeit
in Erlangen:**

In der staatlichen Asylunterkunft Gerberei 17b, in der ausschließlich Frauen wohnen, wurden innerhalb kürzester Zeit mehrere Ausweiskontrollen und Zimmerdurchsuchungen durchgeführt. Dabei kamen anfangs lediglich männliche Beamte zum Einsatz, die zudem noch über einen Generalschlüssel für die Unterkunft verfügten; erst als sich zwei der Bewohnerinnen über das Vorgehen der Polizei bewussten, wurden formale Richtlinien eingehalten - der Durchsuchungsterror ging allerdings weiter.

aus:
Was lefft
Nr.143, 1/94

wiederum dieselben Beamten, die schon die erste Durchsuchung ausführten. Die zwei anwesenden Zeitnehmerinnen hielten sich zu diesem Zeitpunkt im hinteren der beiden Zimmer auf, so daß die Beamten etwa für fünf Minuten alleine im vorderen Raum waren, ohne sich mit einer Nachfragerin, ob jemand zu Hause wäre, bemerkbar zu machen. Die zwei Frauen kümmerten sich nicht näher um die Geräusche aus dem vorderen Zimmer, in der Annahme, es handle sich um eine Mitbewohnerin (insgesamt sind dort neun Asylbewerberinnen untergebracht), die nach Hause gekommen sei. Die Beamten durchsuchten während dieser Zeit das Zimmer. Erst als die zwei Beamten miteinander sprachen, merkten die Bewohnerinnen, daß die Polizei sich ein drittes Mal Zutritt zu der Unterkunft verschafft hatte. Als die Frauen das Zimmer betraten, beschäftigte sich ein Polizist mit persönlichen Unterlagen der Bewohnerinnen. Die Frauen wurden wieder einer Ausweiskontrolle unterzogen.

Die zwei Frauen, die sich durch das ständige Erscheinen der Polizei belästigt und bedrückt sahen, wendeten sich an die Öffentlichkeit. Die Polizeiinspektion kam, nachdem sich Vertreterinnen der Grünen Liste, des Ausländerbeirates und des Infobüro gegen Rassismus um ein Verbot der Verhaftung der Ereignisse bemüht hatten, in einige Erklärungsschwierigkeiten. Mit fadenscheinigen Begründungen, wie der, daß in der Unterkunft "Liebesdienste gegen Entgelt" (EN, 17/18.11.) angeboten wurden, versuchte sie Akzeptanz für ihr Vorgehen zu erlangen. Die zu diesem Zeitpunkt noch laufende Aktion "verruhte Orte" sollte aus der öffentlichen Diskussion herausgehalten werden.

Mit dem Bekanntwerden der rassistischen und sexistischen Sonderbehandlung, war der Durchsuchungsterror für die Bewohnerinnen allerdings noch nicht beendet. Am 12. November tauchte die Polizei ein viertes Mal in der Gerberei 17b auf. Nach Angaben der Polizei wurden dabei die Formalien gewahrt: eine Beam-

te versperrt, weil eine Bewohnerin ihren Schlüssel von innen ins Schloß gesteckt hatte. Eine Methode, die angesichts der Vorgehensweise der Beamten nur zu empfehlen ist. Als sie den beiden Bewohnerinnen eröffnete, wurden ebenfalls ihre Papiere kontrolliert und das zweite Zimmer durchsucht. Den zweiten "Besuch" bekamen die Bewohnerinnen am darauffolgenden Morgen (am 6.11. gegen 8.30 Uhr) von drei



Inspektionsleiter Klaus Winter
Foto: Böhrner

männlichen Polizeibeamten. Diese besaßen keinen Schlüssel für die Wohnung und beschränkten sich auf eine Ausweiskontrolle. Eine dritte Kontrolle fand am 8.11. gegen 23.30 Uhr statt. Es waren

Wie Ende November bekannt wurde, waren diese Durchsuchungen Teil einer größeren Polizeiaktion, die auf Veranlassung des neuen Erlanger Inspektionsleiters Klaus Winter durchgeführt wurden. Sieben Asylbewerberinnen wurden zu sogenannten "verruhten Orten" erklärt, ein "Fachbegriff aus dem »Polizeijargon« (EN, 2.12.), der es der Polizei erlaubt, ohne Genehmigung und damit auch ohne Kontrollmöglichkeit Durchsuchungen durchzuführen. Das geht aus einer Dienstanweisung hervor, die den Erlanger Nachrichten aus der Berichterstattung zugespielt wurde.

Die Gerberei 17b

Besonders die Bewohnerinnen in der Frauenunterkunft Gerberei 17b waren von dem "Ausnahmestandard", den Winter über die Asylbewerberinnen verhängt hatte, betroffen. Die erste Kontrolle fand in der Nacht vom 5.11. auf den 6.11. gegen 0.30 Uhr statt. 2 männliche Beamte drangen mit Hilfe eines Schlüssels für die Wohnung ohne anzuklopfen oder sich sonst in irgendeiner Weise anzukündigen in eines der beiden Zimmer ein. Der Schlüssel für die Unterkunft wurde ihnen von der Staatlichen Unterkunftsverwaltung auf Anweisung deren Leiters Haus aus gehändigt. Dieser Herr Haus fiel im Zusammenhang mit restriktiver Behandlung von Flüchtlingen nicht zum ersten Mal auf. Beispielsweise ließ er im Sommer '93 einer vietnamesischen Familie die Wohnungsräumung ausführen, um von ihr fehlende Unterlagen zu erzwingen (s. WL 141). Mittlerweile haben Bündnis 90/ Die Grünen im im Bezirkstag Mittelfranken eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen ihn eingeleitet.

Die beiden Polizeibeamten verhielten sich äußerst unfreundlich und verlangten in barschem Ton die Papiere einer der Frauen. Danach wurde die Schranke durchsucht und unters Bett geschaut. Das zweite Zimmer blieb den Beamten vorläufig verschlossen.



unmöglich machen soll, daß Menschen in der BRD Zutritt suchen. Eine Kriminalisierung, die er über Begriffe wie den des "verunreinigten Orts" der "normalerweise" nur auf öffentlich zugänglichen Terrain verunreinigt wird zu erreichen versucht, spiegelt sich doch in der wesentlichsten Aussage der jahrelangen Diskurse für die Abschaffung des Asylrechts wider. Zum anderen gibt er mit dem Hinweis auf die abschreckende Wirkung seiner Aktion auch indirekt zu, daß seinem Vorgehen nicht der "Erfolg" beschieden war, den er sich vornehmlich erwünscht hatte. Denn etwa 20 "verunreinigten an acht "verunreinigten Orten" (rechnet man den Bahnhof noch mit in-nerhalb von vier Wochen sind etwa etwas größere Ausbeute, um damit das Bild des/der potentiell "kriminellen" Asylbewerbers/Asylbewerberin zu vermitteln,

Auch wenn sich Klaus Winter für diesesmal jede Menge Ärger aufgehalet hat, wird das nichts daran ändern, daß er in Zukunft seine Linie beibehält. Sie ist Teil seines Verständnisses von Recht und Ordnung. Daß er damit letztendlich nur den Richtlinien einer restriktiven Gesetzgebung folgt und sie auf den Punkt bringt, macht ihn zum Sinnbild eines deutschen Beamten.

K. Sommer

Nachtrag:

Am 1. Dezember 17b wurden am 8. und am 9. Dezember zwei weitere Kontrollen zu Nachschichtarbeit, Zeit jeweils gegen 23 Uhr durchgeführt. Zudem drohte die staatliche Unterkinftverwaltung den Bewohnern an, sie zu verlegen, da das Dach der Männerkurkt (Gerben 17a) undenkst sei. Die Frauen wehrten sich gegen diese Forderung, weil ihnen keine schriftliche Bestätigung vorlag. Warum dann ausgerechnet die Frauen umziehen müssten, erklärte die staatliche Unterkinftverwaltung nicht. Natürlich wird auch jeder Zusammenhang mit ihrer Bewohnerschaft... ..

Die Betroffenen zu signalisieren, daß sie keinen kleineren Anspruch auf ein "normales" Leben haben, daß sie "unerwünscht" sind. Das Ziel ist eine Abschreckungswirkung nach außen, Razzien und Kontrollen gehören zum Alltag in Asylbewerberheimen und sind einmal mehr Ausdruck einer rassistischen Sondergesetzgebung und Alltagspraxis. Deshalb ist das Erlernen eines BRD-weiten Auftritts, sondern Beispiel für eine BRD-weite Auffassung, die aufgrund eines Stück Papiers mit Stempel Menschen in hierarchisierte Kategorien zuordnet und daraus eine Aufenthaltserlaubnis rechtfertigt.

Was die Herdplatten und das Telefon anbetrifft, so haftet der Vorstellung, die Polizei könnte sich in Zukunft als Arbeitsbrigade zu Zwecken der Wohnungsvorrichtung einem sinnvollen Aufgabenbereich stellen, ein nicht ganz unangehmer Beigeschmack an.

law and order

Am 30. November erschien im Nürnberger Lokalteil ein Artikel, der sich auf das Herumbeten einer Stellungnahme des Inspektionsleiters beschränkte. Was Klaus Winter in diesem Artikel als Bilanz der vierwöchigen Dauerkontrollen präsentieren kann, veranschaulicht, welchen Verständnis er von seinem Job und den Aufgaben der Polizei hat. Als ersten Punkt nennt er, die *„eindeutige Verdrängung von Personen, die mutmaßlich gegen das Ausländergesetz verstoßen hätten“* (EN, 30.11.). Polizeiständige Überwachung als oberstes Ziel, als vorrangige Aufgabe, schiert unter dem Deckmantel der Veruensbildung. Klaus Winter ist einer, der das ihm zur Verfügung stehende Instrumentarium voll ausschöpft, um seine Vorstellung von „law and order“ zu verwirklichen. Daß er solcherlei Prävention ausschließlich auf Flüchtlinge beschränkt, zeichnet ihn als Vollstrecker des rassistischen Gesellschaftskonsenses aus, der

tin nahm die Kontrolle zu einer „gemäßigten“ Zeit (gegen 22.45 Uhr) vor, der Schlüssel zur Unterkunft wurde nicht eingesetzt. Anzumerken wäre noch, daß „Schutz“ der Beamtin, sieben Beamte vor der Unterkunft warteten. Die vorläufig letzte Kontrolle fand am 16.11. statt.

"verrufene Orte"

Einige Tage später bzw. nachdem die Polizeiaktion beendet war, wurde der Presse die Dienstankündigung zugespielt. Winter, mächtig erregt, erließ sofort eine Anzeige gegen Unbekannt wegen "Verletzung von Amtsgeheimnissen".

Zur Rechtfertigung für die von ihm angetragene Sonderbehandlung für Flüchtlinge sagt Winter: „*Einmal sind wir verpflichtet, nach illegal eingereisten Ausländern zu suchen. Zum anderen soll auch zu dem Asylbewerber ein Verhältnissenverhältnis aufgebaut werden.*“ (EN, 30.11.). Als vertrauensbildende Maßnahme nennt er zwei angeschaltete Herrschaften und ein defektes Telefon, auf die Polizeibeamte aufmerksam gemacht hat. Ein weiteres Indiz für eine Vertrauensbildung sieht Klaus Winter darin, daß keine „*offizielle Beschwerte*“ vorliege. Ein Vertrauensverhältnis sei so begründbar, mutet zunächst einmal etwas seltsam an, zumal Asylbewerberinnen bei derjenigen Instanz vorstellend werden müßten, deren Vertreterinnen sie vier Wochen lang schikaniert haben. Ein solches Verständnis von Vertrauen basiert aber auf der Auffassung, die Winter von seinem Beruf bzw. von seiner Berufung hat. Der Aufbau eines Vertrauensverhältnisses steht dabei synonym für Einschüchterung, wenn Beamte nachts mit Hilfe von Wohnungsschlüsseln in Frauenunterkünfte eindringen, soll gezeigt werden, welche Machtmittel die Bundesrepublikanische Staatsgewalt hat und daß er dies besonders gern gegen Menschen ohne deutschen Paß anwendet. Vertrauen durch Einschüchterung heißt,

Polizeiinspektion Erlangen-Stadt

Polizeiinspektion Erlangen Postfach 1209 91051 Erlangen

Erlangen, 10.12.1993

Telefon 09131/829 - 1
Nebenstelle 240

An alle Haushalte

Vertrauen erlangen - Erlanger Bürger und Polizei Hand in Hand

Schr geehrte Bürger Erlangens!

Wie Sie vielleicht der Tagespresse entnommen haben, erklärte ich bestimmte Orte in Erlangen zu »verruften Orten«. Dazu zählen neben dem Bahnhof sieben größere Asylunterkünfte in Erlangen. Dadurch ist es der Polizei möglich, jederzeit ohne richterliche Genehmigung und ohne konkrete Verdachtsmomente die Anwesen zu durchsuchen und Personenkontrollen vorzunehmen. Jede Dienstgruppe führte pro Schicht mindestens eine Kontrollaktion durch. Dieser enorme Fahndungsdruck sollte eine eindeutige Verdrängung von Personen zur Folge haben, die sonst mutmaßlich gegen das Ausländergesetz verstoßen hätten und war auch als vertrauensbildende Maßnahme gegenüber den Asylbewerbern gedacht.

Allerdings konnten nur unerwartet wenige strafbare Handlungen festgestellt werden. Die eingesetzten Beamten wurden nur mit Bagatelldelikten aus dem Bereich des Ausländerrechts konfrontiert: 17 unerlaubte Entfernungen vom zugewiesenen Aufenthaltsort, zwei Hausfriedensbrüche wegen Besuchs nach 22 Uhr und ein illegaler Aufenthalt. Diese Delikte können aufgrund der ungleichen Gesetzgebung nur von Ausländern begangen werden, da sie unter Sonderbestimmungen wie das Asylverfahrensgesetz und die Ausländergesetze fallen, die für deutsche Staatsbürger nicht gültig sind.

Diese Maßnahme erntete in der Öffentlichkeit von vielen Seiten Kritik. Besonders Stellungnahmen von Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit veranlassen mich, die verstärkten Kontrollen inzwischen als Fehler einzuschätzen. Nicht nur, daß die Erklärung zu »verruften Orten« den Eindruck erwecken könnte, daß die Bewohner kriminelles Freiwild wären, auch wurde das Vertrauen in unsere Polizei gestört - besonders durch die Durchsuchungen der Frauenunterkünfte durch männliche Beamte. Ständige Eingriffe in das Privatleben der Unterkunftsbewohner sind nicht vertrauensbildend, langfristig läßt sich dadurch kein Rechtsbewußtsein und keine Rechtssicherheit erreichen.

Meiner Verantwortung als Inspektionsleiter obliegt es, für den entstandenen Schaden in der Öffentlichkeit geradezustehen. Bitte haben Sie etwas Nachsicht, da ich in Erlangen erst kurze Zeit tätig bin.

Die Polizei muß auftragsgemäß den Schutz der Persönlichkeit und des Eigentums aller Bürger gewährleisten, dafür sind wir rund um die Uhr im Einsatz. Um das Vertrauensverhältnis zwischen den deutschen Bürgern, den Ausländern und der Erlanger Polizei wiederherzustellen, hat sich die Polizeiinspektion zu einer besonderen Weihnachtsaktion entschlossen: »Vertrauen erlangen - Erlanger Bürger und Polizei Hand in Hand«. Dazu bitte ich um Ihre aktive Mithilfe: In der Zeit vom 20. bis 30. Dezember 1993 erhalten Sie die Gelegenheit, unsere erfahrenen Polizeibeamten auf ihren Dienstfahrten zu begleiten, damit Sie sich selbst von der Qualität unserer Arbeit überzeugen können. Natürlich sind Sie dabei im vollen Umfang über die Berufsgenossenschaft der bay. Polizei versichert.

Es würde mich freuen, mit diesem Schreiben Ihr Interesse geweckt zu haben. Mit Ihrer Meldung und weiteren Fragen wenden Sie sich bitte direkt an mich unter der Telefonnummer: 09131/829240

In der Hoffnung Sie bald persönlich kennenzulernen verbleibe ich vorerst

mit freundlichen Grüßen



Klaus Winter, Polizeiinspektionsleiter Erlangen-Stadt

Dienstgebäude
91052 Erlangen
Schuhstraße 40

Telefax
(09131) 829-230

Konto
Stadt- und Kreissparkasse Erlangen
Nr. 19-001 186 (BLZ 763 500 00)

EN, 10.12.93

Politische Parteien und Verbände haben gegen die systematischen Polizeikontrollen in sieben Erlanger Asylbewerberunterkünften protestiert. Beschwerden gingen sogar an den bayerischen Innenminister Günther Beckstein.

In einen Brief an den Polizeiminister des Freistaates bezeichnet das „Forum Bunte Deutschland – SOS Rassismus“, eine Netzwerk-Organisation antirassistischer Gruppen mit Sitz in Bonn, die Dienstverweisung der Erlanger Polizeieinspektion als „klaren Verstoß“ gegen das Grundrecht der „Unverletzlichkeit der Wohnung“. Zu „verrufenen Orten“ könnten nur öffentliche Plätze und Gebäude erklärt werden, niemals jedoch private Unterkünfte, zu denen auch Asylbewerberheime gehörten.

Vorfällen nachgehen

Das Antirassismus-Forum schildert Beckstein auch die Umstände der Kontrollen in der Frauenunterkunft und fordert den Minister auf, „diesen Vorfällen nachzugehen und entsprechende Konsequenzen zu veranlassen“.

„Verrufene Orte“: Brief an Beckstein

Beschwerden

Antirassismus-Forum fordert vom Polizeiminister „Konsequenzen“

Bereits in der vergangenen Woche hatte der Geschäftsführende Kreisvorstand der Erlanger SPD die Aktion „verrufene Orte“ verurteilt. Selbst wenn die Maßnahmen rechtlich zulässig gewesen sein sollten, seien sie „völlig unangebracht und willkürlich und nur dazu geeignet, Ausländerfeindlichkeit zu schüren“ (die EN berichteten).

Für die Stadtratssitzung am kommenden Mittwoch hat die Fraktion der Grünen Liste einen Dringlichkeitsantrag gestellt, wonach das Plenum die „Dienstverweisung des Leiters der Erlanger Polizeieinspektion und das rüde und unsensible Vorgehen der Polizeibeamten als unangemessen“ kritisieren soll. Da niemandem zugemutet werden könne, an einem sogenannten verrufenen Ort zu wohnen, solle das Ausländeramt beauftragt werden, den

Betroffenen „sofort eine Auszugsgenehmigung“ zu erteilen, heißt es in dem GL-Antrag.

In einer gemeinsamen Erklärung haben sich das Frauenzentrum und die Erlanger „Antirassistische Aktion“ gegen das Vorgehen der Polizei gewandt. Mit „moralisierenden Maßstäben“ werde eine „Brandmarkung“ bewirkt. Damit sei es ein leichtes, „Bevölkerungsgruppen auszugrenzen, zu kriminalisieren, abzuschieben“. Organisationen, Gruppen und Gaststätten sollten sich selbst zu verrufenen Orten erklären, um solchen Kennzeichnungen die Legitimation zu entziehen. Geplant ist unter anderem eine Plakataktion gegen das Vorgehen der Polizei.

Plakataktion angekündigt

Auch die „Aktion Courage Erlangen“, in der sich Verbände, Parteien, Gewerkschaften und Einzelpersonen zusammengeschlossen haben, werden sich in ihrer nächsten Vollversammlung mit den Vorgängen befassen (Mittwoch, 15. Dezember, 20 Uhr, Gewerkschaftshaus, Friedrichstraße 7). wdn

EN, 23.12.93

Bürgerproteste von rund 30 Verbänden, Organisationen, politischen Parteien und Geschäften

Noch mehr verrufene Örtlichkeiten

Selbstbezeichnung per Flugblatt und Plakataktion — Polizei: „Voll im rechtlichen Rahmen“ gehandelt

Knapp 30 Verbände, Organisationen, politische Parteien, Gaststätten und Erlanger Geschäfte protestieren mit einem Offenen Brief, Plakaten und Flugblättern gegen die Polizeiaktion in Erlanger Asylbewerberheimen („Verrufene Orte“).

Der Begriff „verrufene Orte“ — er stammt aus einer internen Dienstverweisung der Polizei bzw. aus einer Vollzugsbekanntmachung zum bayerischen Polizeiaufgabengesetz — sei eine Negativkennzeichnung und führe vor allem zu einer „Kriminalisierung“ der Asylbewerber. Die pauschale Einstufung der Unterkünfte halten die Urheber des Briefes für einen „Akt rassistischer Willkür“.

Die Unterzeichner der Resolution üben demonstrativ Selbstbezeichnung als „verrufene Orte“, um einer „Trennung in verdächtige und nach welchen Maßstäben auch immer moralisch ‚saubere‘ Gruppen jede angebliche Legitimation zu entziehen“.

Breite Unterstützung

Die Protestaktion wird, unter anderen, getragen von der Anger-Initiative, der Aktion Courage, der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, den Bayerischen Stadt- und Gemeinderätinnen gegen Rechts-Extremismus und Rassismus, dem Bund für Geistesfreiheit, dem Bündnis 90/Die Grünen, dem Dritte-Welt-Laden, Frauenhaus und Frauenzen-

tum, der Organisation „Freie Flüchtlingsstadt Erlangen“, dem Kreisverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Grünen Liste, dem Infobüro gegen Rassismus, der Interessensvertretung Selbstbestimmtes Leben, der Mieterinneninitiative gegen Spekulation und Wohnraumvernichtung, der Mitwohnzentrale, dem Mütterzentrum, dem Notruf für vergewaltigte Mädchen und Frauen sowie der Organisation Pax Christi.

Nur enger Ermessensspielraum

Im EN-Gespräch hat Hermann Müller, Leiter der Polizeidirektion Erlangen, betont, daß sich die Inspektion Erlangen-Stadt bei der Aktion „voll im rechtlichen Rahmen“ bewegt habe. Durch die Bestimmungen des Polizeiaufgabengesetzes in bezug auf die Identitätsfeststellung bei Personen und das Betreten von Wohnungen gebe es nur einen engen Ermessensspielraum für Entscheidungen im Rahmen der sogenannten Verhältnismäßigkeit.

Angesichts einer großen Zahl von Straftaten und Verstößen gegen das Asylverfahrensgesetz in der Vergangenheit sei das Betreten eines Heimes „kein so großer Rechtseingriff“. Soweit sich die Beamten an das Polizeiaufgabengesetz gehalten hätten, sei auch das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung beachtet wor-

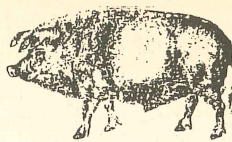
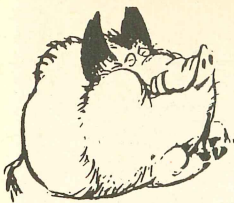
den. Im Rahmen der vierwöchigen Aktion, die nach Angaben des Direktionsleiters nicht fortgeführt wurde, waren unter anderem fünf Haftbefehle vollzogen und neun Vergehen gegen das Asylverfahrensgesetz sowie eine illegale Einreise festgestellt worden.

Inzwischen hat ein Sachbearbeiter der Kriminaldirektion Nürnberg die Ermittlungen wegen „Verletzung von Amtsgeheimnissen“ aufgenommen, um herauszufinden, welcher Beamte der Erlanger Polizei den EN die interne Dienstverweisung über die Aktion „verrufene Orte“ zugespielt hat. Ihm droht ein Disziplinarverfahren.

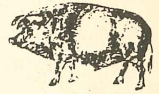
Regierung hatte zugestimmt

In einer Antwort auf den Offenen Brief der Bezirksräte Barbara Hoffmann und Heiner Dehner (Bündnis 90/Die Grünen) sieht Regierungspräsident Heinrich von Moch keine Veranlassung, das Verhalten der Erlanger Polizei zu mißbilligen.

Ein dienstaufsichtliches Einschreiten gegen Rolf Haus, den Leiter der staatlichen Unterkunftsverwaltung, sei „nicht veranlaßt“, da dieser die Schlüssel für die Gemeinschaftsunterkünfte den Polizeibeamten „mit vorheriger Zustimmung des zuständigen Sachgebietes der Regierung“ überlassen habe, heißt es in dem Schreiben des Regierungspräsidenten (siehe auch den weiteren Bericht im Lokalteil). wdn



Prüfungstatistik

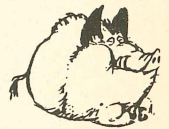


Algorithmetik I/II
Schneider



OTRS I/II

Dal Cui / Oelene



1,0

1,3

1,7

2,0

2,3

2,7

3,0

3,3

3,7

4,0

4,7

5,0

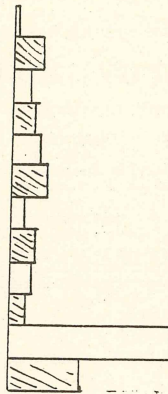
nicht angetr.

gesamt

bestanden

durchgefallen

durchgef. %

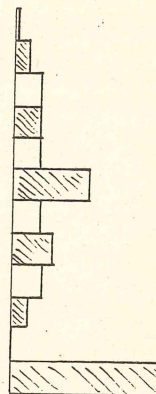


136

62

74

54,4%

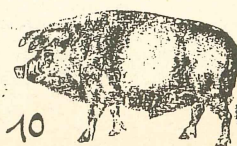
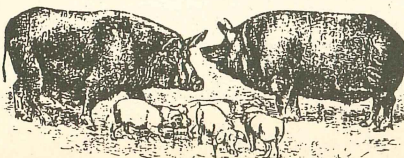
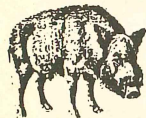
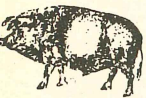
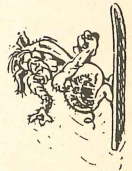


142

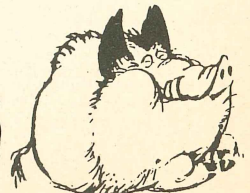
94

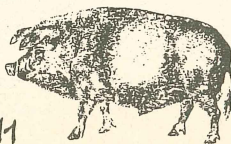
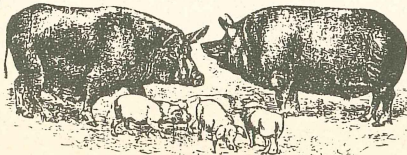
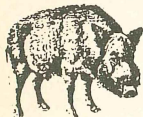
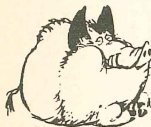
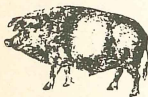
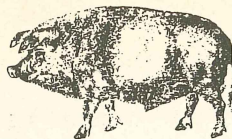
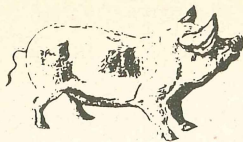
48

33,8%



10





Mathe I/II

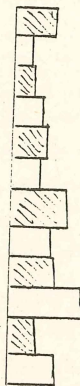
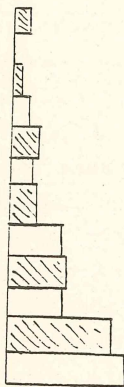
Mathe II / WR I

Raum / Kische

Großmüller / Graef



1,0
1,3
1,7
2,0
2,3
2,7
3,0
3,3
3,7
4,0
4,7
5,0



nicht angetr.

gesamt	136
bestanden	114
durchgefallen	22
durchgef. %	16,2 %

gesamt	157
bestanden	89
durchgefallen	68
durchgef. %	43,32 %

Kaffee - Genuß mit Nebenwirkungen

Kaffee ist billig wie nie. Was viele jedoch nicht wissen (wollen): Der niedrige Preis geht auf Kosten der Menschen in Afrika und Mittelamerika, die ihn produzieren.

Alle Jahre wieder spenden die guten Bundesbürger just zur Weihnachtszeit einen Teil ihrer Ersparnisse für die sogenannte "Dritte Welt". Ermuntert durch Hilfsorganisationen und sogar den Bundespräsidenten, versucht man so, seinen Beitrag zu leisten im Kampf gegen Hunger und Armut. Einmal im Jahr.

Jeden Morgen eines Jahres jedoch trägt der/die anständige BürgerIn schon beim Frühstück mit dazu bei, daß Hunger und Armut in den "Entwicklungsländern" erhalten bleiben. Beim Frühstück. Durchs Kaffeetrinken. Denn der niedrige Preis, den wir seit Jahren für den Kaffee im Supermarkt oder Kaffeegeschäft bezahlen, erfreut das Portemonnaie auf Kosten der ProduzentInnen.

Die Menschen, die den Kaffee in Afrika, Süd- oder Mittelamerika anbauen, erhalten fast nichts. Der Weltmarktpreis für die Libra (460 g) Rohkaffee beträgt zur Zeit 58 cent. Und dieses Geld geht erst mal an die "Kaffeebarone" - Großgrundbesitzer,

die z.B. in El Salvador 90% des Kaffeeexports (und einen großen Teil des Landes) kontrollieren. Der Anteil, den die ArbeiterInnen schließlich bekommen, macht ungefähr 3% des Preises aus, den wir im Laden zahlen. Zur Zeit also 15-20 Pfennig pro Pfund...

Bis vor einigen Jahren gab es ein sogenanntes "Kaffeeabkommen", in dem sich Kaffeeproduzenten und Kaffeimporteure auf Tarife geeinigt hatten, die für beide Seiten erträglich waren. Das Abkommen scheiterte jedoch, weil die Preisvorstellungen auseinanderklafften: Die Erzeugerländer wollten 1.35-1.85 \$ pro Libra, die Abnehmer wollten ihnen aber nur 1.20-1.40 \$ zugestehen. Der gegenwärtige Preis von ca. 60 cent ist ja auch viel angenehmer - für uns. Für die Produzenten deckt er jedoch nicht einmal die Kosten. Dies ist nur eines von vielen Beispielen, wie wir mit unserem Lebensstandard am Elend der "Dritten Welt" zumindest mitschuldig sind.

Um den Teufelskreis der Ausbeutung zu durchbrechen und zumindest im Kleinen für fairen Welthandel zu sorgen, importieren einige Organisationen Kaffee zu kostendeckenden

Preisen direkt aus Nicaragua oder El Salvador. In Deutschland sind dies GEPA und MITKA, deren Kaffee nach Weiterverarbeitung (Rösten etc.) von Dritte-Welt-Läden und anderen Organisationen vertrieben wird.

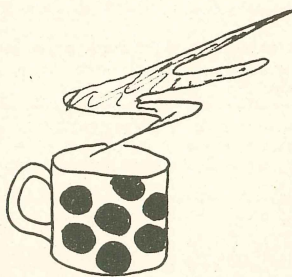
GEPA und MITKA arbeiten direkt mit landwirtschaftlichen Kooperativen in den Erzeugerländern zusammen. Diese selbstverwalteten Kaffeebetriebe erhalten zur Zeit einen Preis von 1,20 \$ pro Libra. Außerdem wird ein Preisaufschlag von 80% zur Verbesserung der sozialen Situation verwendet. Er geht in Nicaragua zum Beispiel an die LandarbeiterInnengewerkschaft ATC und die Kleinbauernvereinigung UNAG. Finanziert wird von ihnen eine ganze Palette von Maßnahmen - von Investitionen in eigene Weiterverarbeitungs- und Lageranlagen für die Kooperativen über Zuschüsse für Betriebe, die auf biologischen Anbau umstellen, bis zu Fortbildungsprogrammen für ArbeiterInnen oder Kindertagesstätten.

Dieser absichtlich gezahlte Mehrpreis führt dazu, daß der Kaffee in Deutschland erheblich teurer ist als der herkömmliche, über Kaffeebarone und Großkonzerne importierte. Er hat aber den entscheidenden Vorteil, daß die ArbeiterInnen in menschenwürdigen Verhältnissen leben können.

Kaffee aus fairem Handel gibt's z.B. im Dritte-Welt-Laden Erlangen (Neustädter Kirchenplatz) oder bei der FSI Informatik. Bei uns kostet das Pfund "Sandino Organico" (biologisch angebaut) zur Zeit 10 Mark.

Viele Supermärkte führen inzwischen Kaffee aus fairem Handel - zu erkennen am "TransFair"-Siegel; dieser Kaffee ist jedoch nur eingeschränkt zu empfehlen, weil für ihn nur ein Preis von 1,20\$ pro Libra gezahlt wird und keine Sozialmaßnahmen finanziert werden.

Nach unseren Recherchen werden z.B. die Kaffeemaschinen von Lehrstuhl 4 und Rechenzentrum mit Nicaragua-Kaffee gefüttert. Die Erlanger Mensen hingegen weigern sich standhaft, Kaffee aus fairem Handel auszuschenken. Trotz mehrfachen Vorschlägen und guten Beispielen aus anderen Bundesländern bestehen sie weiterhin auf Ausbeuter-Ware. Proteste bitte an Herrn Zimmermann, StudentInnenwerk.



feministisches forum -frauenringvorlesung-

13.1.1994

constance ohms, frankfurt

MEHR ALS DAS HERZ GEBROCHEN GEWALT IN FRAUENBEZIEHUNGEN

NUR FÜR FRAUEN

Die frage, ob es gewalt in lesbischen beziehungen gebe, wird meist ohne zu zögern verneint. Doch schätzungen zufolge kommt Gewalt hier ebenso häufig vor, wie in heterosexuellen beziehungen. Constance Ohms (autorin des buches: "Mehr als das Herz gebrochen") spürt in ihrem vortrag ursachen und formen von gewalt in lesbischen beziehungen nach. Die auseinandersetzung mit den verschiedenen aspekten des bislang auch in frauenzusammenhängen tabuisierten phänomens soll eine annäherung an dieses problematische thema ermöglichen.

27.1.1994

doris salzmann, aids-hilfe nürnberg

FRAUEN & AIDS

HIV und AIDS bei frauen - ein thema, das im letzten jahr verstärkt ins bewußtsein der öffentlichkeit gerückt wurde. Nachdem sich frauen vor einer HIV-infektion relativ sicher gefühlt haben, sollen sie jetzt neben den risikogruppen diejenigen sein, die am meisten gefährdet sind. Was ist an diesen meldungen dran und inwiefern sind frauen tatsächlich durch eine HIV-infektion anders betroffen als männer? Auf dem hintergrund von AIDS-HILFEN arbeit soll stellung bezogen werden zu den themen: Infektionsrisiko für Frauen; Med. aspekte einer AIDS-erkrankung; Schwangerschaft; Gesellschaftlich, soziale und psychische situation infizierter und an AIDS erkrankter frauen; **Lesben** und Aids.

10.2.1994

kassandra e.v., nürnberg

RECHTLICHE & GESELLSCHAFTLICHE DISKRIMINIERUNG VON PROSTITUIERTEN UND GEGENSTRATEGIEN

"Wenn eine frau abends alleine im minnirock durch eine einsame gegend geht und vergewaltigt wird, dann ist sie selbst schuld." Tatsächlich?

"Wenn eine frau als prostituierte arbeitet und deswegen rechtlichen und gesellschaftlichen benachteiligungen ausgesetzt ist, ist sie selbst schuld." Tatsächlich?

Prostituierte werden doppelt diskriminiert: einerseits als frauen, andererseits auf grund ihrer tätigkeit. Auch von frauen erleben sie kaum solidarität. Warum?

Kassandra e.v. existiert seit 1987 als prostituierten Selbsthilfe und Beratungsstelle.

**DIE VERANSTALTUNGEN FINDEN
UM 19.30 UHR IM KOLLEGIENHAUS,
UNIVERSITÄTSSTR.15,
DER UNI ERLANGEN STATT.**

14

V.i.S.d.P.: Sprecherinnenrat der uni Erlangen, Turnstraße 7, Erlangen

Einladung zur Techfak-Frauen-Gruppe



Wer sind wir?

Im Moment sind wir eine Handvoll Informatikstudentinnen, die mit der Studiensituation für Frauen in technischen Studiengängen nicht zufrieden sind.

Was wollen wir?

- Wir wollen durch gezielte Information Schülerinnen dazu motivieren, ein technisches oder naturwissenschaftliches Studienfach zu wählen.
- Wir wollen eine Bildungspolitik in Frage stellen, die dazu führt, daß immer weniger Mädchen es wagen, in sogenannte „Männerdomänen“ einzudringen.
- Und natürlich quatschen, Bier trinken, ...

Was haben wir schon gemacht?

- Erstellung eines Informationsheftes, das Ihr Euch im Fachschaftszimmer anschauen könnt. Es soll Schülerinnen über die Studienfächer Informatik und E-Technik informieren.
- Durchführung von Informationsveranstaltungen an Schulen.
- Beteiligung am Frauen-Technik-Tag 1992, einer von verschiedenen Vereinen und Firmen organisierten Informationsveranstaltung.

Was sind unsere Pläne?

- Einbeziehung anderer Studiengänge, in denen Frauen schwach vertreten sind.
- Neuauflage des Infoheftes.
- Informationsveranstaltungen an Schulen, im Rahmen der Erlanger Informationstage und bei anderen Gelegenheiten, die sich uns so bieten.
- ... (Vielleicht hast Du einen Vorschlag?)

Wir laden alle interessierten Frauen zu unseren nächsten Treffen ein:

Do. 20.1.1994

Do. 3.2.1994

Do. 17.2.1994

jeweils um 20:00 Uhr

Frauencafé Oase
Gerberei 4

Kontakt: Ricarda Dormeyer & Andrea Hauth oder fragt im Fachschaftszimmer

An der TechFak steht demnächst eine Neuregelung der Diplomprüfungsordnung (DPO) an. Anlaß dafür ist der Regelungsbedarf bei Studien- und Prüfungsleistungen, die in Auslandsseminestern erbracht wurden. Bei dieser Gelegenheit wollen sich einige Profs gleich noch eines mißliebigen Passus in der derzeitigen DPO entledigen, mit dem es bislang möglich war, Teile von Abschlußprüfungen einer vor dem Studium absolvierten Berufsausbildung auf Scheine oder Prüfungen im Studium anzurechnen, soweit ein Prof des betreffenden Fachs die inhaltliche Gleichwertigkeit mit den im Studium verlangten Leistungen feststellen konnte.

Das finden wir natürlich nicht gut, weil den Leuten, die vor dem Studium bereits eine Ausbildung gemacht haben und damit sowieso im Durchschnitt älter sind als ihre KommilitonInnen, das Leben unnötig schwer gemacht wird: Warum sollen sie Stoff, der Bestandteil ihrer Ausbildung war, an der Uni nochmal machen müssen?

Aus diesem Grund und um unsere Position bei der Entscheidung auf einer der nächsten Fachbereichsrats-Sitzungen zu verbessern, haben wir die folgende Pressemitteilung verfaßt und Mitte Dezember 1993 an die Erlanger Nachrichten und die Süddeutsche Zeitung geschickt. Von den EN ist daraufhin auch jemand bei uns gewesen, um sich mit uns genauer über das Problem zu unterhalten, und am 8. Januar erschien auch prompt ein Artikel darüber in den EN, den Ihr im Anschluß an die Pressemitteilung abgedruckt findet.

Pressemitteilung

Uni Erlangen will Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen einschränken

Studierende, die an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg in einem technischen Studiengang eingeschrieben sind und vorher bereits eine Ausbildung in demselben Bereich gemacht haben, konnten sich bisher Teile ihrer Ausbildung als Studien- oder Prüfungsleistungen im Grundstudium anrechnen lassen, soweit inhaltliche Gleichwertigkeit festzustellen war. Diese Handhabung ist der Universität, allen voran dem Rechtsreferenten, Herrn Merker, ein Dorn im Auge. Nach seiner Rechtsauffassung ist nämlich die Anerkennung generell nur möglich, wenn die betreffenden Leistungen an einer Hochschule oder Fachhochschule erbracht wurden, und damit die bisherige Anerkennungspraxis nicht zulässig.

Die Rechtslage sieht allerdings anders aus: Das Bayerische Hochschulgesetz (BHG) verpflichtet die Universitäten dazu, in ihren Prüfungsordnungen eine Regelung für die Anerkennung von Hochschul- oder Fachhochschulleistungen im Falle festgestellter Gleichwertigkeit zu treffen. In der Novellierung des BHG vom 23. Juli 1993 ist sogar ein Passus neu aufgenommen, der die Anrechnung von Nicht-Hochschulleistungen als Studienleistungen (nicht als Prüfungen) regelt:

“Die Hochschulprüfungsordnung regelt die Prüfungsanforderungen und das Prüfungsverfahren. Sie muß insbesondere regeln (...)

5.(...) die Anrechnung einer einschlägigen, gleichwertigen Berufs- oder Schulausbildung auf Leistungsnachweise propädeutischer Lehrveranstaltungen und auf in der Prüfungsordnung verlangte berufspraktische Tätigkeiten,” (BHG Art. 81(3))

Eine explizite Aufforderung, nur (Fach-)Hochschulleistungen anzuerkennen, ist dem BHG nicht zu entnehmen.

Das bisherige Verfahren

Wer sich Teile einer Berufs-, Fachhochschul- oder Hochschulausbildung auf Studienleistungen und Prüfungen im Grundstudium anrechnen lassen wollte, konnte einen Antrag an den Prüfungsausschuß stellen. Dieser beauftragte daraufhin einen Professor des betreffenden Fachs zu prüfen, ob die Leistungen in Umfang und Inhalt den Anforderungen der Prüfung in Erlangen entsprechen. Sobald diese Gleichwertigkeit festgestellt war, stand der Anerkennung nichts mehr im Wege.

Die Rechtsgrundlage für die Anerkennung ist bislang § 6a der Diplomprüfungsordnung der Technischen Fakultät (DPOTF) der Uni Erlangen. Absatz (3) regelt dabei die Anerkennung von Prüfungen, die nicht an einer Fachhochschule oder Universität abgelegt wurden:

“Anstelle der Diplomprüfung können in begründeten Ausnahmefällen andere Prüfungsleistungen angerechnet werden, soweit die Gleichwertigkeit nachgewiesen wird.”

In den folgenden Fällen haben sich Studierende mit Erfolg auf diesen Absatz berufen: Die Mathematik-Prüfungen im Rahmen der von der Industrie- und Handelskammer (IHK) abgenommenen Ausbildung zur Mathematisch-Technischen AssistentIn (MA) wurden als Mathematik-Prüfung im Informatik-Grundstudium anerkannt. Ausgebildeten Technischen ZeichnerInnen, MechanikerInnen und MaschinenschlosserInnen konnte das Grundpraktikum in Technischem Zeichnen im Studiengang Werkstoffwissenschaften erlassen werden. ChemielaborantInnen hatten die Möglichkeit, sich Praktika in Anorganischer und organischer Chemie und zum Teil auch Vordiplomprüfungen in Anorganischer Chemie im Studiengang Werkstoffwissenschaften anerkennen zu lassen.

Dem will die Uni jetzt durch eine Neufassung der DPOTF, in welcher der oben erwähnte Absatz gestrichen werden soll, ein Ende bereiten.

Ein Grund für diese Anerkennungs-Unwilligkeit ist die Arroganz einiger Erlanger ProfessorInnen: Nicht einmal Vordiplome desselben Fachs, die an einer anderen deutschen Hochschule absolviert wurden, sind in Erlangen als gleichwertig akzeptiert. Die Anerkennung des Vordiploms in einem technischen Studiengang einer anderen Hochschule kann laut DPOTF davon abhängig gemacht werden, daß der/die Studierende noch gewisse Studienleistungen oder Prüfungen des Erlanger Vordiploms nachmachen muß - sonst keine Anerkennung. Diese Haltung überträgt sich auch auf die Anerkennung von Nicht-Hochschulleistungen.

Überfüllte Praktika und längeres Studium

Die geplante Neuregelung wirft verschiedene Probleme auf. Fertig ausgebildete ChemielaborantInnen etwa, denen zugemutet wird, trotz ihrer Ausbildung den Anorganik-Praktikumschein zu machen, blockieren dadurch die ohnehin knappen Praktikumsplätze für andere Studierende - eine angesichts der schlechten Ausstattung der Hochschulen groteske Situation.

Studierende, die durch eine Ausbildung vor dem Studium sowieso schon älter sind als der Durchschnitt, müssen in Zukunft alle Studienleistungen und Prüfungen ihres Studiengangs absolvieren, ungeachtet dessen, ob sie teilweise inhaltlich Bestandteil ihrer Ausbildung waren: Zeitverschwendung durch doppelte Aneignung desselben Stoffs.

Das steht im krassen Gegensatz zu den offiziell verkündeten Bemühungen der Uni, die Ausbildungszeiten zu verkürzen. Eine kostenneutrale Möglichkeit, den Studierenden ein zügiges Studium zu erleichtern, wird willentlich torpediert. Offenbar sind den Verantwortlichen nur solche Mittel zur Studienzeitverkürzung recht, die zu Lasten der Studierenden gehen.

Kein Thema wie jedes andere

Nach vielen und oft langen Gesprächen mit Freunden und Bekannten war ich immer wieder erstaunt, wie wenig sie doch über das Thema Homosexualität im Allgemeinen und Schwulsein im Besonderen wissen. Oft werden ihre Vorstellungen und Meinungen von Klischees bestimmt und haben nichts mit der Realität der Betroffenen zu tun. Ich wünsche mir daher eine präzisere und differenziertere Betrachtung dieser Thematik.

Die einen sehen darin einen schweren Schicksalsschlag, den man wohl hinnehmen müsse. Leicht ist es sicher nicht, sich zu seinen Gefühlen und Phantasien zu bekennen. Das geht uns wohl allen so. Schwieriger ist es aber, die Zuneigung zu Personen des gleichen Geschlechts vor sich selbst zu akzeptieren und vor anderen zu vertreten. Es gibt wenig bekannte Vorbilder, an denen man sich orientieren kann. Doch gibt es mittlerweile in vielen Städten Selbsthilfegruppen. Dort, aber eben nicht nur dort, kann man die anfängliche Leere als Freiheit begreifen, die man unterschiedlich und sehr persönlich ausgestalten kann.

Andere reagieren eher ablehnend und wollen nicht so recht über das Thema sprechen. Sie erzählen mir dann ihre Vorurteile, wie sie sich einen schwulen Mann so vorstellen und berichten über Negativschlagzeilen der Boulevardpresse.

Auch über die textuelle Veränderung eines Aufklebers am Eingang des blauen Hochhauses war ich sehr überrascht. Sicherlich ist der Ort des Aufklebers unglücklich gewählt, um auf die Beratungsstellen aufmerksam zu

machen. Doch was soll die Schmiererei darauf?

Und anders gefragt: Wer ist denn bereit diesen Artikel zu Ende zu lesen, wenn er nicht betroffen ist. Ich weiß auch gar nicht, inwieweit es überhaupt nachvollziehbar ist, über wieviele Dinge und Tabuthemen man sich als Betroffener Gedanken macht.

Die Evangelische Landessynode hat sich auf ihrer Herbsttagung vom 21. bis 26. November 1993 in Fürth durchaus diesem Thema angenommen und in einer Grundsatzklärung die Ausgrenzung und Diskriminierung homophiler Menschen als Irrweg bezeichnet, der dem Evangelium widerspreche. Die Gemeinden sollten homosexuellen Menschen mit Offenheit begegnen und sie in das gemeindliche Leben einbeziehen.

Natürlich gibt es noch viel aufgeklärtere Stellungnahmen, doch weiß ich durchaus diese Erklärung innerhalb einer christlichen Kirche zu würdigen.

Das moderne schwule Leben hat keine Vorläufer. Der schwule Lebensstil, wie er sich in den letzten hundert Jahren entwickelt hat, und der viele seiner charakteristischen Ausprägungen erst in den letzten zwei Jahrzehnten erhalten hat, ist eine neue Erscheinung. Laßt mich eine Vermutung über die Entwicklung der modernen Homosexualität aufgreifen. Unter den möglichen Ursachen muß die Verstädterung auf jeden Fall in der Liste auftauchen. Denn die moderne Homosexualität ist ein städtisches Phänomen. Nicht, daß es nicht auch Schwule in jeder kleinen Gemeinde gäbe, aber nur in den großen Metropolen ist es den Homosexuellen möglich gewesen, aus ihren Verstecken zu kommen und ein politisches Bewußtsein zu entwickeln. Wenn manche Homosexuelle jetzt auch in

kleinen Städten deutlich sichtbar sind, dann profitieren sie damit von den Kämpfen, die in Berlin, Hamburg, München, Köln und Frankfurt gewonnen wurden.

Wir erlebten eine Liberalisierung im Umgang mit homosexuellen Menschen in der Bundesrepublik. Aber auch in anderen Länder hat sich viel getan. So gibt es zum Beispiel in Dänemark seit dem 1. Oktober 1989 ein Gesetz für die "registrierte Partnerschaft" für gleichgeschlechtliche Paare. Da Dänemark Mitglied der Europäischen Union ist, besteht im Zuge einer Rechtsangleichung zwischen den Staaten der EU die Möglichkeit der Übernahme dieser Regelung.

Gesetze helfen aber wenig, wenn nicht alle, sowohl Heterosexuelle als auch Homosexuelle bereit sind, aufeinander zuzugehen. Auch die Gleichstellung der Frau ist nur dort verwirklicht, wo die Frauen ein eigenes Selbstbewußtsein entwickelt haben und ihre Mitmenschen bereit sind, überalterte Verhaltensmuster aufzugeben.

Und nun zu mir. Ich konnte lange Zeit überhaupt nicht über das Thema sprechen. Der Begriff "schwul" war für mich etwas sehr Negatives. Irgendwann habe ich begonnen in die Szene zu gehen, um Gleichgesinnte kennenzulernen. Dort mußte ich zuerst viele meiner Ideale und Wünsche aufgeben und mich mit der Wirklichkeit anfreunden. Ich dachte, man wird offenherzig aufgenommen. Doch nichts da. In Erlangen machte es keinen Unterschied, ob ich am Mittwoch in die Männerdisco oder am Freitag in die handelsübliche E-Werkdisco ging. Die Leute sind immer gleich cool und die Musik ist immer gleich laut. Lediglich die Jugendgruppe des Fliederlich e.V. in Nürnberg hat mir geholfen, das Thema Schwulsein zu Hause und bei

meinen Freunden publik zu machen. Ich hatte oft Angst vor einer ablehnenden Reaktion seitens meiner Gesprächspartner. Aber nie habe ich einen Freund oder eine Freundin verloren, als ich erzählte, daß ich schwul bin.

Ich bin mir heute sicher, daß ich nur in den Armen eines Mannes, niemals aber einer Frau, glücklich sein werde und ich bin nicht mehr bereit, mich zu verleugnen oder zu verstecken. Das schlechte Gewissen darüber, daß ich nun mal Männer liebe, ist vorbei. Habe ich es mir nur selber eingeredet, oder wo ist es denn hergekommen? Klar, unsicher bin ich mir in manchen Situationen immer noch. Schließlich sind die meisten Männer eben nicht so, wie ich es mir gerne wünsche, und so deutlich zeigen möchte ich dem einen oder anderen auch nicht, daß er mein Typ ist. Aber vielleicht bin ich ja auch seiner ...

Ich appelliere an alle Betroffenen, sich nicht entmutigen zu lassen und ihren Weg zu gehen. Es hat keinen Sinn, darauf zu warten, bis der Traumprinz kommt und einem aus seiner Einsamkeit befreit. Er kommt nämlich nicht.

Wir müssen uns zusammenschließen und gemeinsam versuchen, die Probleme zu lösen. Wir haben dazu das nötige Verständnis.

Aber auch ihr Heterosexuellen könnt uns jungen schwulen Männern helfen. Und zwar nicht etwa nur durch Toleranz als den bequemsten Weg, indem man uns nur duldet und sonst nichts mit uns zu tun haben möchte, sondern indem ihr euch bemüht, das Wesen des Homosexuellen zu verstehen und ihn so anzuerkennen, wie er mit seinem Anderssein ist.

Robert

Neulich im Prüfungsamt

Wie viele von Euch sicherlich bei Ihrer letzten Prüfungsanmeldung bemerkt haben, steht auf den letzten Versionen des Prüfungsanmeldeboogens eine Aufforderung neben Abiturzeugnis, Studienbuch usw. eine Kopie des Personalausweises abzugeben. Bei den Anmeldungen zu den Prüfungszeiträumen April bzw. Juli '93 war es gängige Praxis, daß bei schwierig zu lesenden (z.B. für deutsche Ohren ungewohnten) Namen, der Personalausweis oder ein äquivalentes Dokument vorgezeigt werden sollte. Im Anmeldezeitraum für den Oktober '93 häuften sich bei uns im Fachschaftszimmer Klagen darüber, daß von einigen Leuten verlangt wurde, daß sie eine Kopie ihres Personalausweises nachreichen sollten, sonst wäre die Anmeldung ungültig. Etwas seltsam fanden wir, daß dies von allen verlangt wurde; das Argument der Namensschreibung konnte jetzt wohl nicht mehr gelten.

Nach unserer Auffassung ist dieses rechtswidrig.

Was will das Prüfungsamt mit den Ausweiskopien? Verheizen oder ans BKA verkaufen?

Es war Zeit zum Handeln, der Arbeitskreis Datenschutz sollte tätig werden. Wir machten einen Termin mit Herrn Römer, dem Leiter des gesamten Prüfungsamts, um ihm unsere Bedenken mitzuteilen.

Während des Gesprächs stellte sich heraus, daß er von der Existenz dieses Satzes nichts wußte, weil dieser Passus (mal wieder) eigenmächtig von Frau Göller, der Leiterin des Prüfungsamts Tech-Fak, auf den Anmeldebogen geschrieben wurde.

Herr Römer stimmte mit unserer Auffassung überein, daß es nicht zulässig ist, Kopien der Personalausweise zu verlangen. Er versicherte uns, daß die bereits vorhandenen Kopien ordnungsgemäß vernichtet würden und in Zukunft niemand mehr eine Kopie vorzulegen brauchte.

TUKE by etom

HE! SIEDI! MIT DEM ALTERNEN
WIKINGERHELM! JA, SIE! ICH
WILL SOFORT ZU IHREM CHEF!



ICH VERLANGE, SOFORT
WIEDER ZU MEINEM
WAGEN GEBILDET ZU
WERDEN! ICH HABE
DRINGENDE TERMINE!



DAS WIRD TEUER!

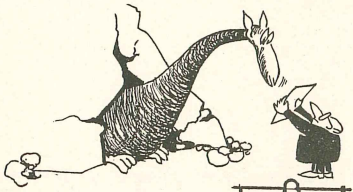
ZIEHN SIE ME
NUMMER
SIE WERDEN
AUFGERUFEN



In der neuen Auflage wird dieser Passus auf Anordnung von Herrn Römer gestrichen. Da aus Kostengründen die alten Bögen aber nicht ins Altpapier wandern, kann es sein, daß bei der nächsten Prüfungsanmeldung immer noch einzelne Exemplare dieser veralteten Version auftauchen. In diesem Fall: Die entsprechende Stelle einfach ignorieren und in Zweifelsfällen auf unser Gespräch und die Anordnung von Herrn Römer hinweisen.
Das Verlangen einer Kopie des Personalausweises ist in jedem Fall unzulässig!

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sollten Leute mit komplizierten Namen bei der Anmeldung vielleicht irgendein Dokument, auf dem ihr Name in lesbaren Druckbuchstaben steht, griffbereit haben. Die ursprüngliche Idee dieser ganzen Aktion war es nämlich wirklich einmal gewesen, Ärger und unnötige Arbeit mit falsch ausgestellten Diplomzeugnissen zu vermeiden. Wenn Verwaltungsangestellte zuviel denken...

.... gut sehen
besser sehen



OPTIK **Amberg**
ERLANGEN
nur am Hugentottenplatz

Politik an der Uni - Nein danke?

Was ein ordentlicher Studierendenvertreter sein will, muß während seines Studiums in möglichst vielen Uni-Gremien gewesen sein, und der Konvent tagt ja nur einmal im Jahr, also wird das auch nicht viel Zeit kosten. So dachte ich im Sommersemester, als ich als Kandidat der "Fachschaftsinitiativen für die Wiedereinführung der Verfaßten Studierendenschaft / StuVe" in den studentischen Konvent gewählt wurde. Doch es kam alles ganz anders.

Der studentische Konvent ist das im Bayerischen Hochschulgesetz (BHG) vorgesehene (im folgenden daher als "offiziell" bezeichnete) uniweite Studierendenvertretungs-Gremium. Die Aufgaben des Konvents laut BHG sind die Beschäftigung mit fachlichen, wirtschaftlichen und sozialen Belangen der Studierenden und die Förderung ihrer geistigen, musischen und sportlichen Interessen. Die Zusammensetzung des Konvents wird einmal im Jahr, Ende des Sommersemesters, bei den Hochschulwahlen bestimmt. Nach den Ergebnissen der letzten Wahlen im SoSe 1993 setzt sich der Konvent derzeit wie folgt zusammen:

- Fachschaftsinitiativen (FSIen): 18 Sitze
- Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS): 12 Sitze
- Jung-Sozialisten Hochschulgruppe (JuSo): 4 Sitze
- Rosa Liste - Schwulenreferat: 1 Sitz
- Die Franken (Burschenschaften): 1 Sitz

Der studentische Konvent ...

Der Konvent als uniweites Studierendenvertretungs-Gremium wird von den Fachschaftsinitiativen (FSIen) und den JuSos seit Jahren boykottiert. Damit wollen wir unseren Protest über die unzureichenden Möglichkeiten der offiziellen Vertretungsgremien zum Ausdruck bringen. Die Studi-Vertretungen in den alten Bundesländern außer Bayern und Baden-Württemberg z.B. haben das Recht, sich selbst eine Satzung zu geben (Satzungshoheit), können frei über ihre Finanzen verfügen (Finanzhoheit), die durch einen Beitrag ähnlich unserem Studentenwerks-

beitrag zustandekommen, und haben zumindest das Recht, sich zu hochschulpolitischen Themen zu äußern (hochschulpolitisches Mandat).

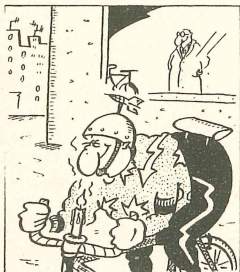
Dies sind Dinge, die dem studentischen Konvent in Bayern nicht erlaubt sind: Die Satzung legt das BHG fest, ebenso wie das, womit sich der Konvent beschäftigen darf (s.o.). Der Etat ist in seiner Höhe ebenfalls gesetzlich festgelegt und ein Teil des Haushalts der Universität; die Ausgaben müssen daher alle von der Hochschulleitung genehmigt werden.

... und das politische Mandat

Die Forderungen der FSIen und auch vieler Studi-Vertretungen in anderen Bundesländern gehen sogar noch über das hochschulpolitische Mandat hinaus. Wir sind der Meinung, daß eine effektive Studierendenvertretung es nötig macht, sich auch allgemeinpolitisch zu engagieren und zu äußern. Beispiele dafür sind das Wohnungsproblem (StudentInnenwohnheime), BAFöG (woher soll das Geld dafür kommen?), die Anwendung von wissenschaftlichen Forschungsergebnissen (Gentechnologie, Informationstechnologien, Technikfolgen-Abschätzung, Rüstung etc.), Diskriminierung von Frauen und ausländischen Studierenden, etc.



An dieser Stelle kommt oft der Einwand, daß Studierendenvertretung doch eigentlich zweckgebunden sei und sich nur um Angelegenheiten zu kümmern habe, die die Studis direkt betreffen. Dem möchte ich entgegenhalten, daß eine Grenze, was uns betrifft und was nicht, sehr schwer zu ziehen ist (wie hoffentlich an den obengenannten Beispielen klar geworden ist). Außerdem sind Studierende schließlich auch Menschen und politisch mündige BürgerInnen, und als solche sind sie natürlich von politischen Entscheidungen aller Art betroffen.



Daß sich Interessensvertretungen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen nicht nur zu den Problemen äußern, die ihr Klientel direkt betreffen, sondern allgemeinpolitisch Stellung beziehen, ist in unserer Gesellschaft die Regel: Kirchen, Gewerkschaften, Industrie und viele andere Organisationen mit einer viel größeren Lobby als die Studierenden mischen kräftig in der Tagespolitik mit.

Natürlich gibt es innerhalb der Studierenden-schaft sehr unterschiedliche Meinungen. Aber ist es nicht sinnvoller, diese Meinungsvielfalt in Diskussionen innerhalb der Studierenden und der Studi-Vertretung offen zu diskutieren und sie bei festgestellten Gemeinsamkeiten dann auch öffentlich zu artikulieren, als sich überhaupt nicht politisch zu äußern? Schließlich müssen sogar die hartgesottensten Konservativen in diesem Land anerkennen, daß die politische Diskussion im Rahmen der StudentInnen-revolte 1968 einen positiven Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung geleistet hat.

Und ist es heute, wo die Reaktion wieder aufwind bekommt und wo Menschen vermehrt wegen ihrer Hautfarbe, Sprache, sexuellen Orientierung oder ihres Geschlechts mißhandelt, verfolgt und getötet werden, nicht an der Zeit, als Studierende öffentlich und in breiter Front gegen Rassismus, Sexismus und Gewalt Stellung zu beziehen?

Viele Leute sehen Politik wahrscheinlich nur als das an, was die Betonköpfe in Bonn und München daraus machen, und möchten verständlicherweise nichts damit zu tun haben. Doch Politik fängt schon im Kleinen an. Im Grunde würde ich jede Art von gesellschaftlichem Engagement, sei es in der SMV, der FSI, in kirchlichen Gruppierungen, Vereinen, Umweltverbänden, Bürgerinitiativen etc. als Politik bezeichnen: der Versuch, gemeinsam mit Gleichgesinnten die Umgebung zu gestalten und auf eine Veränderung der bestehenden Zustände möglichst zum besseren hinzuarbeiten.

Die Studentische Versammlung ...

Doch zurück zur Studierendenvertretung an unserer Uni: Im Rahmen des Uni-Streiks 1988 gegen schlechte Studienbedingungen und überlastete Hochschulen haben viele Studierende erkannt, daß die gesetzlich eingeräumten Möglichkeiten der Studi-Vertretung für das Aufzeigen dieser Probleme und den Versuch, etwas zu verändern, unzureichend sind. Daraufhin wurde eine Verfassung für eine Studierendenvertretung an der Uni Erlangen-Nürnberg ausgearbeitet, die unseren Vorstellungen eher gerecht wird als die offiziellen Gremien. Diese Verfassung ist natürlich illegal, da die Studierendenvertretung keine Satzungs-hoheit hat, wurde aber in einer Urabstimmung bei der Rückmeldung zum WS 1989/90 mit über 80 % der abgegebenen Stimmen legitimiert (bei einer Beteiligung von 32 %, die höher ist als die Wahlbeteiligung bei den Hochschulwahlen).

Diese Verfassung (von der es für Interessierte übrigens noch genügend Exemplare gibt, einfach mal im FSI-Zimmer nachfragen) sieht als uniweites Studierendenvertretungs-Gremium die Studentische Versammlung (StuVe) vor (im folgenden als "inoffizielles" Gremium bezeichnet), die derzeit bei den offiziellen Hochschulwahlen über die Konventslisten mitgewählt wird. Sie nimmt alle Aufgaben des studentischen Konvents wahr (der aus organisatorischen Gründen denn auch nur einmal im Jahr zusammentritt, wenn nicht ... s.u.) und äußert sich darüberhinaus auch zu hochschulpolitischen und allgemeinpolitischen Themen. Was davon als Stellungnahme der Studi-Vertretung an die Öffentlichkeit gelangt, bestimmen die gewählten Mitglieder. An den Diskussionen kann sich jedeR beteiligen, der/die Interesse hat (die Sitzungen finden im ca. 14-tägigen Abstand jeweils Montag um 18 Uhr in der Kochstraße 4 statt).

Da es sich um ein illegales, also offiziell nicht vorhandenes Gremium handelt, kann der StuVe auch aus ihrem politischen Engagement kein Strick gedreht werden: Wer sollte dafür angeklagt werden (wie übrigens in anderen Bundesländern schon geschehen, wenn sich der ASTa politisch geäußert hat), daß ein nichtexistentes studentisches Gremium politisch agiert? Und ich halte die StuVe als Mittel, unsere Vorstellung von Studierendenvertretung an den Gesetzen vorbei zu verwirklichen, für legitim.

... und der RCDS

Bis vor einem Jahr klappte das mit der StuVe und dem Boykott des Konvents auch ganz gut. Doch bei den Hochschulwahlen 1992 erreichte der RCDS, der das StuVe-Modell ablehnt und sich an die Vorgaben des BHG hält, erstmals die sogenannte "qualifizierte Minderheit" von 25 % der Sitze im Konvent, was bedeutet, daß die RCDS-Fraktion die Einberufung des Konvents verlangen kann.

Diese Möglichkeit nutzte der RCDS denn in diesem und im letzten Jahr auch weidlich aus, indem er den Konvent im letzten Jahr zweimal und dieses Jahr bereits einmal einberufen ließ. Die Strategie der FSIs und JuSos, die den Konvent ja boykottieren, bestand bisher darin, die Sitzung gleich nach Beginn durch einen Geschäftsordnungsantrag ohne Behandlung der Tagesordnung zu schließen.

Der RCDS, dessen führender Kopf im Moment Christoph Dörner, 11. Semester Informatik, zu sein scheint, beschwerte sich daraufhin zu Beginn dieses Wintersemesters beim Kultusministerium und verlangte die Verabschiedung einer Geschäftsordnung (GO) für den Konvent, in der geregelt sein sollte, daß die Tagesordnung nicht einfach per GO-Antrag abgebügelt werden kann.

In der letzten, auf Wunsch des RCDS einberufenen Konventssitzung am 17.12.1993, auf der dann auch eine GO verabschiedet wurde (allerdings ein Entwurf von FSIs und JuSos), beklagten sich VertreterInnen des RCDS darüber, daß FSIs und JuSos mit ihrer absoluten Mehrheit im Konvent jegliche Initiativen des RCDS abblocken, ohne daß eine inhaltliche Diskussion darüber stattfindet.



Die FSIn: Konfrontation ...

Hier prallen zwei unterschiedliche politische Haltungen aufeinander. Für die FSIn ist es ein Politikum, den Konvent *nicht* zu nutzen, sondern jegliche Diskussionen in der StuVe zu führen, und dort natürlich offen, inhaltlich und demokratisch. Der RCDS hingegen, der anteilmäßig in der StuVe über ebensoviele Sitze wie im Konvent verfügt, hat bislang die Mitarbeit in der StuVe verweigert. Bis auf wenige Ausnahmen erschienen keine VertreterInnen des RCDS zu den StuVe-Sitzungen. Eine inhaltliche Auseinandersetzung zwischen FSIn und RCDS fand in der letzten Zeit nicht statt.

Die FSIn verstehen sich ihrem Anspruch nach, der natürlich leider manchmal mit der Realität auseinanderklafft, als ein für alle offenes, überparteiliches Diskussions- und Aktionsforum. Studis, die bei uns mitarbeiten, tun dies als Studi und nicht als Mitglied irgendeiner Partei oder Vereinigung (die überwiegende Mehrzahl der Aktiven in der FSI Informatik gehören keiner Partei an). Diesem Anspruch zufolge sind wir selbstverständlich zur Diskussion mit dem RCDS bereit. Eine Zusammenarbeit mit dem RCDS würden wir uns so wünschen, daß interessierte Mitglieder zu den FSI-Sitzungen und/oder StuVe-Sitzungen kommen und dort mitarbeiten und mitdiskutieren, und zwar nicht als RCDS-Mitglieder, sondern als Studierende.

Allerdings sind wir nicht bereit, dem RCDS so weit entgegenzukommen, daß wir im Konvent arbeiten. Zum einen würde dies für unsere VertreterInnen doppelte Arbeit bedeuten, nämlich im Konvent und in der StuVe. Dies ist jedoch angesichts der Tatsache, daß der StuVe meist sowieso an allen Ecken und Enden person-power fehlt, nicht durchführbar. Zum anderen gäben wir damit unseren politischen Protest gegen den Konvent ein Stück weit auf. Eine Diskussion darüber, ob der RCDS unsere Ansichten über die gesetzlichen Möglichkeiten des Konvents teilt, und wenn ja, warum er trotzdem nicht bereit ist, in der StuVe mitzuarbeiten, steht noch aus.

... oder Zusammenarbeit?

Wenn RCDS und FSIn wirklich an einer inhaltlichen Zusammenarbeit in unstrittigen Punkten interessiert sind, dann sollte allerdings auch eine Form der Zusammenarbeit unter Überwindung der ideologischen Barrieren gefunden werden, mit der beide Seiten leben können, ohne zunächst ihre Prinzipien über Bord zu werfen. Ich denke da an gemeinsame Arbeitskreise und Aktionen zu konkreten Themen, unabhängig von Konvent und StuVe.

Ein erfolgversprechender Ansatz dazu hat sich am Ende der letzten Konventssitzung ergeben: Interessierte FSInerInnen und RCDSlerInnen wollen sich im neuen Jahr zusammensetzen, um über eine uniweite Vorlesungsumfrage (ähnlich der, die die FSI Informatik jährlich für die Informatik-Vorlesungen durchführt) zu diskutieren. Ich bin gespannt, was sich daraus entwickelt.

Jürgen

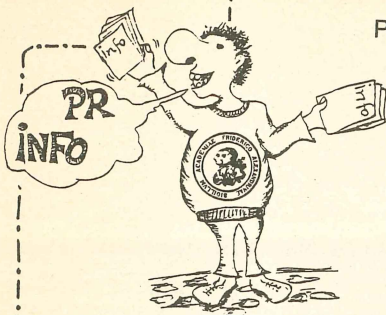
SPIEL & WELT

BRETT-, DENK- UND KNOBELSPIELE AUS ALLER WELT
Kuttlerstraße 4 · 8520 Erlangen · Telefon 091 31 / 20 89 55

Personalrat des IMMD, Martensstr.3, 91058 Erlangen

Personalrats-Info Nr.12, Nov. 1993

*Diesmal im OUTPUT,
exklusiv für die Studentischen Hilfskräfte.*



Auf Einladung der FSI will ich als Vorsitzender des Personalrats des IMMD den Versuch wagen, die spröde Materie *Personalvertretung* für OUTPUT, so gut es geht, verständlich zu machen.

Was ist ein Personalrat ?

Der Personalrat hat eine entsprechende Funktion im öffentlichen Dienst wie der Betriebsrat in der Privatwirtschaft. Letzterer hat seine rechtliche Grundlage im Betriebsverfassungsgesetz und ersterer im Personalvertretungsgesetz. Weil die Uni eine Landeseinrichtung ist, gilt für die Beschäftigten der Universität Erlangen-Nürnberg das Bayerische Personalvertretungsgesetz, kurz **BayPVG**.

Wen vertritt der Personalrat ?

Das **BayPVG** sieht vor, daß Arbeiter, Angestellte und Beamte in den Staatlichen Dienststellen alle 4 Jahre eine Personalvertretung, den **Personalrat**, wählen. Personalratsmitglieder stehen unter besonderem Kündigungsschutz und können so die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gegenüber dem Arbeitgeber, der sogenannten **Dienststelle**, mit größerer Unabhängigkeit vertreten als die einzelnen Beschäftigten.

Vertritt der Personalrat auch die Studentischen Hilfskräfte?

Ja!! Als Angestellte sind auch alle Studentischen Hilfskräfte vom Personalrat zu vertreten.

Sind die Studentischen Hilfskräfte wahlberechtigt/wählbar?

Ja, aber: Studentische Hilfskräfte sind nur wahlberechtigt, wenn sie das 18. Lebensjahr vollendet haben, und für länger als 6 Monate bzw. wiederkehrend beschäftigt werden. Das trifft auf die meisten Studentischen Hilfskräfte zu, weil kaum einer nur einmalig und zugleich kurzfristig beschäftigt wird.

Studentische Hilfskräfte sind in den Personalrat wählbar, wenn sie mindestens 6 Monate dem "*Geschäftsbereich der obersten Dienstbehörde*" (bei uns: das Kultusministerium) angehören.

Welche Aufgaben hat der Personalrat ?

Der Personalrat hat zusammen mit der Dienststelle dafür zu sorgen, daß alle in der Dienststelle tätigen Personen nach Recht und Billigkeit behandelt werden.

Insbesondere hat der Personalrat dafür zu sorgen, daß die zugunsten der Beschäftigten geltenden Gesetze, Verordnungen, Tarifverträge, Dienstvereinbarungen etc. durchgeführt werden.

Eine weitere wichtige Aufgabe ist es, Anregungen und Beschwerden von Beschäftigten entgegenzunehmen und, falls sie berechtigt erscheinen, mit der Dienststelle darüber zu verhandeln.

Genug der Formalia. Ein Thema, das sicher interessiert, ist die Frage nach der maximalen Dauer von Hilfskraftverträgen, ein zweiter Punkt sind die für Sommer 1994 anstehenden Personalratswahlen. Fangen wir mit den Wahlen an!

Personalratswahlen 1994

Die "Amtszeit" der jetzigen Personalräte läuft Ende Juli 1994 aus.
Voraussichtlich am 21.-23. Juni 1994 werden Wahlen für folgende Personalräte sein:

1. Personalrat des IMMD
2. Gesamtpersonalrat der Universität Erlangen-Nürnberg
3. Hauptpersonalrat beim Kultusministerium.

Maximale Laufzeit von Hilfskraftverträgen

Obergrenze

Auf mehrfache Nachfrage teilen wir mit, daß seit der Novellierung des Bayerischen Hochschul-
lehrergesetzes (BayHschlG) im Jahre 1989 folgendes gilt:

Im Laufe eines Studiums darf die Summe der Laufzeiten aller Arbeitsverträge als *Student. Hilfskraft* **4 Jahre nicht überschreiten** (Art. 37, Abs. 3, Satz 3 BayHschlG in Verbindung mit §57c Abs. 5 HRG). Zuvor waren es nur 2 Jahre.

Daher gibt es praktisch keine Probleme mehr mit der Obergrenze.

Es sei noch vermerkt, daß eine nach dem Examen aufgenommene Tätigkeit als *nebenberufliche Wiss. Hilfskraft* durch Tätigkeiten als *Student. Hilfskraft* nicht eingeschränkt wird. Es gilt dann erneut die Obergrenze von 4 Jahren.

Genügend Spielraum,
um die Vertragsdauer
sachgerecht wählen
zu können!

Laufzeit

Vor diesem Hintergrund erinnern wir erneut an unseren Vorschlag, daß für Studentische Hilfskräfte, die sich als Tutoren bewährt haben, beim zweiten Arbeitsvertrag eine längere Laufzeit vereinbart werden sollte. Z. B. 12 Monate, wenn in zwei aufeinanderfolgenden Semestern Übungen abzuhalten sind¹⁾. Früher stieß der Vorschlag bei den Studierenden nicht auf Gegenliebe, weil wegen der Obergrenze von 2 Jahren viele von ihnen befürchteten, gegen Ende des Studiums keinen Vertrag mehr zu bekommen.

¹⁾ Die monatliche Vergütung in derart gestreckten Verträgen wird in der Regel niedriger ausfallen als bisher, weil häufig der Arbeitsumfang in der vorlesungsfreien Zeit i. a. gering oder sogar null ist. Voraussetzung für längere Vertragslaufzeiten ist natürlich auch, daß die Finanzierung für den gesamten Zeitraum gesichert ist.

Laufzeit und Urlaub

Längere Verträge, die arbeitsfreie Zeit einschließen, haben einen weiteren Vorteil: endlich kann dann der Urlaubsanspruch²⁾ auch tatsächlich wahrgenommen werden.

²⁾ Richtet sich nach dem Bundesurlaubsgesetz. Bei kontinuierlicher ganzjähriger Beschäftigung und Fünftagewoche sind es 15 Urlaubstage.

Anmerkung: Es gilt ein vereinfachtes Einstellungsverfahren

Ebenfalls vereinfacht ist das Einstellungsverfahren. Seit 1. 4. 1989 ist nicht mehr vorgeschrieben, daß das Vorexamen abgeschlossen sein muß. Stattdessen prüft der einstellende Lehrstuhl, ob die Qualifikation (s. Art. 37, Abs. 3, Satz 1+2 BayHschlG) für die zu erledigende Aufgabe vorliegt.

Studiticket im Großraum Nürnberg - wie steht's, wie geht's? Es steht und geht (fast) nicht weiter!

Ein rechtliches Hindernis auf dem Weg zu einem Studiticket im Großraum Nürnberg ist beseitigt: das Bay. Hochschulgesetz wurde geändert. Damit hat das Studentenwerk jetzt die Möglichkeit, einen Beitrag für das Studiticket einzuziehen.

Zwischen Studierendenvertretung, Studentenwerk, Hochschulen und Verkehrsverbund wurde ein Vertragstext ausgehandelt. Dieser steht inzwischen.

Offen ist jedoch die Hauptsache - der Preis, denn der Verkehrsverbund ist von seinem ursprünglichen Angebot weit abgerückt. Inoffiziell ist jetzt von 70 - 80 DM bei einer Gültigkeitsdauer von sechs Monaten die Rede statt 40 DM für vier Monate, wie ursprünglich angeboten.

Ein Betrag von 70 - 80 DM liegt jedoch im Bereich der Schmerzgrenze - vor allem für Studierende, die sich weitgehend zu Fuß oder mit dem Rad, also besonders umweltfreundlich, fortbewegen und trotzdem diesen relativ hohen Beitrag zahlen müßten, ohne ihn unter Umständen voll auszunützen. Da die Studierenden in der Umfrage im Frühjahr '92 einem Studiticket mit 40 DM zugestimmt haben, wäre bei einem Preis in der Größenordnung von 70 bis 80 DM auf jeden Fall eine neue Umfrage oder Urabstimmung erforderlich.

Bis zur nach wie vor ausstehenden Zustimmung des Bay. Wirtschaftsministeriums will der Verkehrsverbund aber kein verbindliches Angebot vorlegen. Da es bei den Verhandlungen mit dem Bay. Wirtschaftsministerium um viel Geld geht, kann das noch dauern ...

Studiticket - was ist das?

Für Erstsemester und alle anderen, die noch nicht mitbekommen haben, was der Begriff "Studiticket" bedeutet, hier eine ganz kurze Erklärung, um was es dabei geht:

Bei diesem Modell müssen alle Studierenden zusätzlich zu dem Studentenwerksbeitrag einen Beitrag für das Studiticket. Dafür dürfen dann alle Studierenden die öffentlichen Verkehrsmittel im Großraum Nürnberg kostenlos benutzen. Nachdem alle zahlen, aber nicht alle fahren, ist der Beitrag deutlich geringer als normale ÖPNV-Tickets. Erhofft wird ein Umsteigeeffekt vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel.

Wenn Ihr es detaillierter wissen wollt, könnt Ihr Euch ja die Wutz-Ausgaben der letzten zwei Jahre, die Ihr Euch im AGT-Zimmer gerne abholen könnt, mal durchlesen - da steht immer wieder was darüber drin.

Kommunikation via Rechner — Versuch einer Analyse

Nein, dieser Artikel hat nichts mit Kommunikationssystemen zu tun. Es geht mir hier vielmehr um zwischenmenschliche Kommunikation über den Rechner als Medium. Konkret: um mail, talk, irc und insbesondere News.

Electronic mail ist schon eine feine Sache, und „talk“ auch. Du kannst Dich mit Leuten, die mehrere hundert oder sogar tausend Kilometer von Dir entfernt sind, unterhalten und Informationen austauschen. Das geht zwar auch mit dem Telefon oder per Post, aber mit dem Rechner geht's (manchmal) schneller, ist billiger (die Uni zahlt ja) und — hauptsächlich — einfacher: Du mußt garnicht erst vom Rechner aufstehen, an dem Du gerade sitzt, sondern rufst ein perfekt auf Deine Bedürfnisse angepaßtes Programm auf, tippst ein, was Dir gerade durch den Kopf geht oder am Herzen liegt, drückst eine entsprechende Maustaste — und der Rechner erledigt den Rest für Dich. Und weil's so einfach ist, schickst Du auch schon mal Leuten eine e-mail, die im gleichen Haus wie Du sitzen, oder talkst Leute an, die maximal zwei Stockwerke höher als Du am Rechner sitzen. Es ist einfach bequemer, als zwei Treppen hochzusteigen oder mit dem Aufzug zu fahren.

Stehst Du nicht so sehr auf bilaterale Kommunikation, sondern auf Gruppenpalaver, dann gibt es auch dafür entsprechende Programme: irc für online-Unterhaltung und nn (News) für Meinungen von Dir, die alle Welt lesen soll. Ist doch prima, oder?

Entpersönlichte Kommunikation

Die aufgezählten Kommunikationsmechanismen haben alle eins gemeinsam:

Du siehst nicht, mit wem Du kommunizierst. Dadurch wird das persönliche Element in der Kommunikation zurückgedrängt: das Gegenüber ist eine nur noch mehr oder weniger abstrakte Person. Diese Entpersönlichung gegenüber dem Gespräch, bei dem Dein(e) GesprächspartnerIn(nen) Dir gegenüber sitzen, ist natürlich auch schon bei der brieflichen Kommunikation und beim Telefonieren vorhanden. Demgegenüber hat die Kommunikation per Rechner aber eine ganz andere Qualität: sie ist wesentlich einfacher und bequemer.

Aus der Sprachwissenschaft wissen wir, daß zu einem Kommunikationsvorgang wesentlich mehr gehört als die Übermittlung sprachlicher Zeichen: eine wesentliche Rolle spielen pragmatische Aspekte wie Intonation, Lautstärke, Satzmelodie, Gestik und Mimik. Das geht so weit, daß Kommunikation sogar ohne Sprache nur mit Gestik und Mimik erfolgen kann.

Beim Telefonieren stehen der KommunikationspartnerIn noch auditive Signale zur Verfügung; bei schriftlicher und elektronischer Kommunikation entfallen selbst diese, d.h. alleine die sprachlichen Zeichen können zur Entschlüsselung der intendierten Bedeutung einer Nachricht herangezogen werden. Aus diesem Grund hat geschriebene Sprache einen viel endgültigeren Charakter als gesprochene Sprache, zumal Möglichkeiten zur sofortigen Korrektur i.a. nicht gegeben sind.

Mehr Mißverständnisse

Die Folge ist, daß durch unterschiedliche Interpretationen der Nachricht auf Sender- und Empfängerseite wesentlich leichter Mißverständnisse entstehen. Und

die kommunizierenden Personen müssen sich bewußt mehr Gedanken darüber machen, wie die Nachricht von der jeweiligen EmpfängerIn aufgenommen wird, da während der Äußerung nicht die Möglichkeit besteht, die nicht-sprachlichen Reaktionen des jeweiligen Gegenübers mitzubekommen.

Dies alles gilt, wie gesagt, natürlich auch für die briefliche Kommunikation. Die erwähnte andere Qualität der Kommunikation per Rechner bringt diese Effekte jedoch in verstärktem Ausmaß zum Vorschein: Weil es so einfach ist, einen Kommentar in die News zu schreiben, setzt mensch sich einfach hin und schreibt einen. Das passiert aber — im Gegensatz zu brieflicher Kommunikation — meistens sehr unreflektiert, aus einer momentanen Stimmung heraus (eigene Erfahrung!), und das Ergebnis fällt entsprechend emotional und aggressiv aus.

Bei Leuten, die das dann lesen, wird die Aggressivität des nackten Textes dadurch noch verstärkt, daß sie ihn anders verstehen, als der/die AbsenderIn es vielleicht gemeint hat — gerade bei e-mail und News ist die Möglichkeit einer sofortigen Rückfrage und eventueller Korrektur oder Abschwächung nicht vorhanden.

Ergebnis: Mensch ist sauer auf jemand, den/die mensch vielleicht gar nicht persönlich kennt oder noch nicht einmal zu sehen bekommen hat, und entsprechend fiele dann auch eine elektronische Antwort darauf aus — das ganze schaukelt sich von selbst hoch.

Viel Information — wenig Inhalt

Ein weiterer negativer Aspekt, den ich insbesondere bei den News sehe, ist die Informationsüberflutung. Das ist eine durchaus nicht auf lokale News-Gruppen

beschränkte Eigenschaft: wer beispielsweise die Diskussion in sci.math nach dem Beweis von Fermat's letztem Theorem mitbekommen hat, wird wissen, was ich meine.

Das waren über hundert Artikel, von denen mir vielleicht fünf interessant erschienen, der Rest bestand aus mehr oder weniger unqualifizierten Kommentaren, vielen Wiederholungen (wohl technisch bedingt, mindestens fünf Artikel des Inhalts „FLT wirklich bewiesen?“ waren dabei), viel Redundanz (oft werden in einem Artikel komplette andere zitiert) und einzelilige Kommentare (20 Zeilen zitiert, dann eine Zeile „ich muß jetzt auch noch meinen Senf dazu geben“).

Mal ehrlich: Niemand käme auf die Idee, wegen einer einzigen Zeile einen Brief zu schreiben oder jemanden anzurufen. Und wer einen Artikel für eine Zeitschrift schreibt, überlegt sich den Inhalt gut und läßt ihn meist noch von Bekannten redigieren — was bei News-Artikeln in den seltensten Fällen vorkommen dürfte.



Der Telefonkarten-Effekt

Zudem ergibt sich mit der Zeit ein impliziter (oder sogar expliziter) Zwang, die elektronischen Medien zu benutzen: als ich einmal mit einem Problem zu meinem Betreuer kam, meinte er: „Schreib’ mir ’ne mail, dann denk ich wenigstens dran“ — Merkzettel sind out, mailtool ist in. Auch bei den CIP-Rechnern ist diese Entwicklung festzustellen: es wird mittlerweile vorausgesetzt, daß jede BenutzerIn die Ankündigungen in *revue.informatik.cip.announce* liest, ein Aushang derselben an dafür vorgesehenen Brettern nicht mehr für nötig gehalten.

Damit mich niemand falsch versteht: ich habe nichts dagegen, daß diese Informationen in den News erhältlich sind, aber sie sollten auch anderweitig verfügbar sein, denn viele Leute lesen Sachen einfach lieber, wenn sie sie auf dem Papier vor sich haben, als auf dem Bildschirm (mal ganz abgesehen davon, daß das die Augen sicherlich mehr anstrengt als das Lesen gedruckten Textes). Das gilt auch für online-Manuals: Papiereinsparung hin oder her — wenn mensch alle Informationen aus einem Manual-Eintrag braucht, ist es einfach schöner, sich das in Ruhe mal zu Hause durchzulesen, als vor dem Rechner, und evtl. wichtige Stellen darin zum Nachschlagen zu markieren. Für andere mag es bequemer sein, alles auf dem Rechner verfügbar zu halten, aber muß das deswegen die einzige Informationsquelle sein?

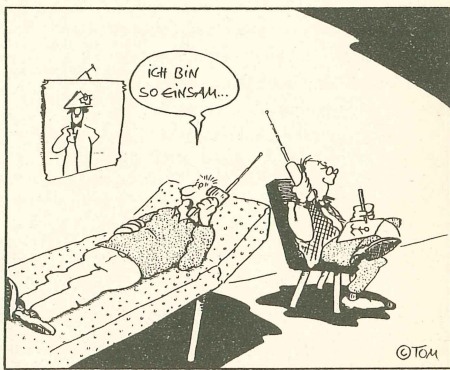
Die Sinnfrage

Rechnereinsatz ja — aber nur dort, wo es sinnvoll ist. Mensch muß ja nicht alles mit dem Rechner machen, nur weil es technisch möglich ist — die Vernichtung der Welt ist auch technisch möglich (sehr krasser Vergleich, zugegeben). Einige Leute scheinen jedoch (das hat die Diskussion in den News nach dem

letzten OUTPUT wieder einmal gezeigt) hauptsächlich nach dem Prinzip „Das muß doch mit dem Rechner gehen“ zu verfahren, ohne an Alternativen zu denken oder daran, ob es überhaupt sinnvoll und zweckmäßig ist. Zuallererst werden technische Lösungen für technische oder technikinduzierte Probleme gesucht (was bei der derzeitigen, rein technisch orientierten universitären Ausbildung auch kein Wunder ist).

Doch zurück zum Thema Kommunikation: Als eines unter anderen Informationsmedien halte ich die News — aufgrund der großen Verbreitung — noch für recht sinnvoll, wenngleich sich natürlich auch hier das Problem der Informationsüberflutung und der Selektionsüberforderung der LeserInnen ergibt — eine Tendenz der Informationsgesellschaft. Aber für Diskussionen bevorzuge ich doch das Gespräch „Auge in Auge“ oder in größerem Kreis und lade Euch ein, Euch zu diesem Zweck mal von der Kiste loszureißen, die zehn Schritte vom Rechnerraum auf Euch zu nehmen und auf eine Tasse Kaffee und ein Pläuschchen im FSI-Zimmer vorbeizuschauen.

Jürgen



11.05.1993

Nufta

M. S.

Bei der Präsentation der Sprache "Pimperanto®" verwendet der Autor Walter Moers [MOERS 1992] für das Wort "Nufta" (das sowohl die Quantenphysik, Kants kategorischen Imperativ als auch den Sinn des Lebens erklären soll) folgende sprachliche Kurzübersetzung:

- "Wenn das Subjekt ontologisch als existierendes Dasein begriffen wird, dessen Sein in der Zeitlichkeit gründet, dann muß gesagt werden: Welt ist subjektiv; aber diese subjektive Welt ist dann als zeitlich Transzendente objektiver als jedes mögliche Objekt."

Es soll nun versucht werden, diesen Satz mit elementaren Mitteln der Logik zu untersuchen. Der Einfachheit halber wird auf eine strenge Beweisführung verzichtet. An geeigneten Stellen wird die Beweisführung skizziert, um das Vorgehen transparenter zu machen. Im Wesentlichen soll es genügen, sich auf Allgemeinwissen zu berufen.

Ob weiterhin die gegenseitige Inklusion der Quantenphysik, des Kant'schen Imperativs und des o. g. Satzes gelten, soll an dieser Stelle nicht thematisiert werden.

In erster Näherung hat der o. g. Satz folgende Form:

$$\text{NUFTA} = \forall \text{subjekt} \forall \text{objekt: } \text{seingründet}(\text{subjekt}, \\ \text{ontologisch}(\text{subjekt}, \text{existierend}(\text{Dasein}), \text{subjekt} \Rightarrow \\ \text{existierend}(\text{Dasein})), \text{Zeitlichkeit}) \Rightarrow \\ \text{subjektiv}(\text{Welt}) \wedge (\text{objektiver}(\text{Welt}, (\text{subjektiv}(\text{Welt}) \Rightarrow \\ \text{zeitlichtranszendente}(\text{Welt})), \text{objekt}))$$

mit den Prädikaten ontologisch¹, existierend¹, seingründet³,
subjektiv¹, zeitlichtranszendente¹,
objektiver³

den freien Funktionalkonstanten Dasein, Zeitlichkeit, Welt
und den gebundenen Funktionalkonstanten *subjekt, objekt*.

Das Problem stellt sich hier nicht in der gewohnten Form,
unter den oben genannten Voraussetzungen ein Modell für
den Satz zu finden oder zu konstruieren. Vielmehr sind die
Werte der Funktionalkonstanten, Funktionen, und Prädikaten
mit Hilfe des gesunden Menschenverstandes zu prüfen.
Zuerst sollte man aber ausschließen, daß der gegebene Satz
eine Tautologie repräsentiert, um nicht Gefahr zu laufen,
unnötig Energie auf die Auflösung dieses Sachverhalts zu
verwenden. Dies ist offensichtlich nicht der Fall, da leicht
eine Belegung gefunden werden kann für die NUFTA falsch
wird.

Die gemachten Feststellungen sind folgendermaßen zu
bewerten:

- existierend(Dasein)
trivial
- *subjekt*⇒existierend(Dasein)
trivial. *subjekt* ist hier gleichzeitig als 0-stellige Funktion
1Welt zu verstehen
- ontologisch(*subjekt*, existierend(Dasein), *subjekt*⇒
existierend(Dasein))
ist in diesem Zusammenhang (einer ontologischen Be-
trachtung) offensichtlich eine wahre Aussage, (unter An-
wendung der oben definierten Funktion *subjekt*). Intuitiv
erscheint die Berechtigung zur Betrachtung eines Subjekts
als existierendes Dasein unter ontologischen Gesichts-
punkten von vornherein zulässig.
- seingründet(*subjekt*, ontologisch(*subjekt* ...), Zeitlichkeit)
die Schwierigkeit besteht hier Anfangs darin, einzusehen,
daß es eine Funktion *gründet*¹ gibt, so daß:

gründet(subjekt)=Zeitlichkeit, und das Prädikat seingründet sich somit (intuitiv leicht zugänglich) folgendermaßen darstellen läßt:

$$\underline{\text{seingründet}} = \begin{cases} 1 : \Leftrightarrow \exists \text{gründet} \in \text{KonzeptWelt:} \\ \quad \text{gründet}(\text{subjekt}) = \text{Zeitlichkeit} \wedge \\ \quad \text{ontologisch}(\text{subjekt} \dots) \\ 0 : \Leftrightarrow \text{sonst} \end{cases}$$

Damit wurde bereits die Richtigkeit des ersten Teils von NUFTA gezeigt. Damit NUFTA gilt, muß nun gezeigt werden, daß auch der zweite Teil von NUFTA gilt.

- subjektiv(Welt)

die Richtigkeit ist trivialerweise gegeben, da *subjekt* in NUFTA allquantifiziert ist und in " $\forall \text{subjekt: subjekt}$ " "*subjekt*" durch "Welts" ersetzbar ist. Auf die Bezeichnung Welts wird im Folgenden noch näher eingegangen.

- subjektiv(Welt) \Rightarrow zeitlichtranszendente(Welt)

Diese Annahme ist aus dem Vorhergesagten leicht einzusehen. Dies entspricht auch dem intuitiven subjektiven Empfinden von Welt, das immer zeitlich und räumlich gebunden ist.

Konjektur:

Eventuell findet sich hier auch der Ansatz für: Quantenphysik \subseteq NUFTA.

- objektiver(Welt, (subjektiv(Welt) \Rightarrow zeitlichtranszendente(Welt)), *objekt*)

Dieses Prädikat läßt sich ähnlich wie seingründet konstruieren. Die wesentliche Idee für die Konstruktion der Prädikatsfunktion beruht auf der Tatsache, daß gilt:

$subjekt = \{ x \mid x \text{ ist Subjekt} \} = \text{Welt}_S$

$objekt = \{ y \mid y \text{ ist Objekt} \} = \text{Welt}_O$

$\text{Welt}_S + \text{Welt}_O = \text{Welt}$, sowie: $\text{Welt}_O \perp = \text{Welt}_S$
(oder einfacher: $\text{Welt}_O \perp \text{Welt}_S$).

Konjektur:

Übrigens gilt mit gleichem Argument:

objektiver(Welt, (objektiv(Welt) \Rightarrow
zeitlichtransendente(Welt)), subjekt).

Somit ist bewiesen, das NUFTA gilt. \square

Die Folgen, die sich aus der Gültigkeit von NUFTA ergeben sind noch nicht ganz abzusehen. Es zeigt jedenfalls, daß Kritiken, wie NUFTA ist "vollkommener Käse" [MAT. 1993] wohl etwas übereilt waren. Gleichzeitig konnte damit die Frage: "Hat NUFTA einen Sinn" [NEU. 1993] beantwortet werden.

Es ist zu hoffen, daß dieses Resultat dazu beiträgt, die Lücke zwischen Quantenphysik \subseteq Kant'scher Imperativ zu schließen und damit in einer Form wie : *Quantenphysik* \subseteq *NUFTA* \subseteq *Kant'scher Imperativ* \subseteq *Quantenphysik* die Richtigkeit von Moers Konjektur zu beweisen, was einer neuen Brücke zwischen Philosophie und Naturwissenschaften gleichkäme. Eine breite Anwendung von NUFTA in den genannten Disziplinen würde neben anderem auch wieder zu einem engeren Zusammenwachsen der verschiedenen wissenschaftlichen Zweige beitragen.

[MOERS 1992] Moers, W.: Schöner leben mit dem kleinen Arschloch, Frankfurt 1992.

[NEU. 1993], [MAT. 1993] BMYT: Fortschrittsbericht der GUZ 1993 (im Druck).

Ist die Omnicard zu teuer?

Wir fanden zehn DM übertrieben für eine Kopierkarte, die noch nicht einmal kopierbereit ist, und schrieben an den Kanzler. Unten sind unser Brief und die Antwort von Herrn Merker (i.V.) abgedruckt. Fortsetzung folgt ...

19. Dezember 1993

An den Kanzler
der Universität
Herrn Th. Schöck
Schloßplatz 4
91054 Erlangen

Sehr geehrter Herr Schöck,

wie Sie wissen, hat die Universität Erlangen Nürnberg seit Semesterbeginn ein neues Kopiersystem. Um die Dienste dieses Systems in Anspruch zu nehmen, muß man für 10,- DM eine Magnetkarte kaufen, die dann aber noch nicht kopierbereit ist, sondern erst aufgewertet werden muß.

Ein ähnliches System, das Girovend, existiert in der Mensa am Langemarckplatz schon seit langem. Der Preis der Mensakarte ist aber wesentlich geringer (3,- DM) und wird nach der Rückgabe zurückerstattet, was bei der Copycard nicht der Fall ist.

Ein solcher Preis für eine Plastikkarte, deren Produktionskosten weit unter 10,- DM liegen, erscheint uns überhöht, zumal überaufgewertete Kopierkarten für die Kopierfirma einen kostenlosen Kredit darstellen. Die Tatsache, daß bei Beschädigung der Karte oder Exmatrikulation das Geld verloren ist, ist für die Studierenden unzumutbar.

Wir fragen uns, ob es keine bessere Lösung für diese Probleme gibt. Zum Beispiel könnte die Firma OCE gebrauchte Copycards zurückkaufen, etwa durch Aufstellung eines Rücknahmeautomaten. Außerdem sollte der Preis der Karte gesenkt werden, sodaß ein Verlust, der ja sicher niemals beabsichtigt ist, nicht so hart trifft.

Wir bitten Sie, in unserem Sinne tätig zu werden.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Katja Daubert

DER KANZLER
DER FRIEDRICH-ALEXANDER-UNIVERSITÄT
Erlangen-Nürnberg

Nr. IV/3-640-12.3

91054 Erlangen, den 07.01.1994
Schloßplatz 4
Zentrale: 09131/85-0
Tel.-Nr.: 09131/85-2530
Fax-Nr.: 09131/85-2131

Briefanschrift: Zentrale Universitätsverwaltung, Postfach 35 20, 91023 Erlangen

Frau
Katja Daubert
FSI Informatik
Martensstraße 3

Erlangen

Kopierkarten für Studenten

Zu Ihrem Schreiben vom 19.12.1993

Sehr geehrte Frau Daubert,

es trifft zu, daß ein Student oder ein Bediensteter, der Privatkopien erstellen will, eine einmalige Gebühr in Höhe von 10 DM entrichten muß, um eine Kopierkarte zu erwerben. Diese Kopierkarte kann jedoch aufgrund ihrer robusten, widerstandsfähigen Beschaffenheit jahrelang, d.h. während der gesamten Studienzeit verwendet und jeweils neu aufgeladen werden.

Die Zentrale Universitätsverwaltung hat sich aus umwelt- und entsorgungspolitischen Gesichtspunkten gegenüber einer einmal-verwendbaren Papierkopierkarte zu einem Preis von 50 Pfennigen bzw. anderen billigeren, weniger robusten Modellen bewußt für die Plastic-Variante entschieden.

In Anbetracht der leichten Handhabung, der langen Lebensdauer und der guten Entsorgungsfähigkeit erscheint ein Einsatz von 10,00 DM beim erstmaligen Kauf keinesfalls als überhöht, sondern als angemessen. Dem Kartenhersteller muß zugestanden werden, daß er für ein Qualitätsprodukt auch ein entsprechendes Entgelt verlangen kann.

Was die Rückgabe von Kopierkarten (beispielsweise bei der Exmatrikulation) anbelangt, ist geplant, gemeinsam mit der Studentenvertretung einen Rücknahmedienservice für gebrauchte Kopierkarten (die aufgekauft und günstig wieder verkauft werden) zu organisieren. Etwaige noch vorhandene Kopiervolumina auf (über) aufgewerteten Kopierkarten kann sich der jeweilige Kartenrückgeber bei dieser Gelegenheit mit ersetzen lassen. Die Vermeidung einer etwaigen

"Überaufwertung" der Kopierkarte während der Nutzungszeit liegt allein beim Karteninhaber. Nachdem die Wertkarte jederzeit und an jedem Kartenspende aufgeladen werden kann, braucht der Studierende jeweils nur den Betrag einzugeben, der unmittelbar für Kopien benötigt wird.

Durch die Neuordnung des Kopierwesens soll das Kopieren im Bereich der Universität nicht nur für Bedienstete sondern gerade auch für Studenten effizienter, flexibler und benutzerfreundlicher sein. Dieses Ziel ist erreicht, denn jeder Studierende hat nunmehr die Möglichkeit, mit einer Wertkarte im Gesamtbereich der Universität - an vielen zentralen Stellplätzen oder Universität wurden eigens zu diesem Zweck zusätzliche Kopiersysteme installiert - zu einem einheitlichen Preis von 10 Pfennigen zu kopieren. Es brauchen keine Kopien auf Vorrat erstellt zu werden, da die Wegezeiten zum nächsten Kopierer kurz sind. Auch das spart Geld und Zeit. Angesichts der Vorteile, die die Neuordnung des Kopierwesens gebracht hat, scheint mir der einmalige Einsatz von 10 DM für eine Kopierkarte ein angemessener und auch zumutbarer Aufwand zu sein.

Dessenungeachtet wird die Universität darauf achten, daß - wenn der Umsatz des Zentralen Kopierdienstes dies angezeigt erscheinen läßt - auch der Einsatz für die Kopier-Scheckkarte gesenkt wird. Ein Zeitpunkt dafür läßt sich allerdings noch nicht nennen.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung



(Merker)
Ltd. Regierungsdirektor

Bücherbörse

Vor 2 Jahren haben wir eine Regelung eingeführt, um die Bücherbörse von Ladenhütern zu befreien :

Bücher, die innerhalb von 2 Jahren nicht verkauft bzw. vom Besitzer abgeholt werden, übergeben wir der Gruppenbibliothek Informatik (GI). Noch brauchbare Bücher werden in die GI gestellt, die restlichen wandern ins Altpapier.

Demnächst sind die ersten Bücher von dieser Regelung betroffen. BesitzerInnen dieser Bücher sind :

Dan Hegewald, Rainer Kebler, Beckstein, Thomas Brameier, Steinbeck, Josef Schangerl, Thomas Gromeier, Marc Hebeler, Nüßlein, Martina Horak, Andrea Heck, Tilo Linz, Wiebke Schmielau, W. Gellik.

Also holt Eure Bücher ab! In Zukunft werden wir nicht mehr regelmäßig darauf hinweisen, wann diese Frist abgelaufen ist.



TECH FASCHING FAK

9.2.94

Ort: Mensa der Technischen Fakultät
Karten ab sofort bei: AGT im Südgelände (ET 0.16)
Frau Heißenstein (Wohnungsvermittlung Stadtmensa),
PREIS: Vorverkauf-DM12 Abendkasse-DM14
eure **AGT** - Arbeitsgemeinschaft Technik

Einlaß: 19.30
Beginn: 20.00

The Boogeyman THE MAGICTONES